

# Heidelberg – Theresienstadt – Heidelberg

Zur letzten Deportation aus Heidelberg im Februar 1945

## 1. „Mischehe“ –Theresienstadt – Interventionen – Deportation – „Geschlossener Arbeitseinsatz“

Die Oktoberdeportation des Jahres 1940 verbuchten die Gauleiter von Baden und der Pfalz als Erfolg. Es war die erste Massendeportation von Juden aus dem Reich, also gleichsam ein Probelauf für die nachfolgenden Verschleppungen, unter strenger Geheimhaltung vorbereitet und überfallartig durchgeführt. In der Meldung nach Berlin wurde betont, die Abschiebung sei in allen Orten des Südwestens reibungslos abgewickelt worden und fast unbemerkt von der Bevölkerung. Im letzten Satz wurde angemerkt: „In Mischehe lebende Juden wurden von den Transporten ausgenommen.“<sup>1</sup>

Es ist zu vermuten, dass diese Regelung – scheinbar eine Randfrage – das Vorgehen der Polizeikräfte vereinfacht hat und wesentlich dazu beitrug, dass bei dieser Aktion Zwischenfälle ausblieben. Das Thema der „deutsch-jüdischen Mischehen“ beschäftigte die Partei- und Staatsführung aber unausgesetzt bis hin zu den letzten Deportationen im Jahre 1945. Selbst als man im Januar 1942 auf der Wannsee-Konferenz zur „Endlösung der Judenfrage“ die bekannten radikalen Beschlüsse fasste, blieb der Text, auf den sich Heydrich und die anderen NS-Führer in dem Punkt „Ehen zwischen Volljuden und Deutschblütigen“ einigten, charakteristischerweise zögerlich. Der Grund war auch hier die Unsicherheit über mögliche Auswirkungen auf die nichtjüdische Bevölkerung:

„Von Einzelfall zu Einzelfall“ – heißt es – „muß hier entschieden werden, ob der jüdische Teil evakuiert wird, oder ob er unter Berücksichtigung auf die Auswirkungen einer solchen Maßnahme auf die deutschen Verwandten dieser Mischehe einem Altersghetto überstellt wird.“

In diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich auf das Lager in Theresienstadt angespielt, in welches neben deutschen Juden über 65 Jahren auch schwerkriegsbeschädigte und im Weltkrieg dekorierte Juden aus dem Reich eingewiesen werden sollten.



Abb. 1: Theresienstadt wurde als Vorzugslager propagiert – mit jüdischer Selbstverwaltung und eigener Währung (Foto privat).

Von dieser Fiktion eines Vorzugslagers erhoffte sich Heydrich eine beschwichtigende Wirkung für die Öffentlichkeit, mit einem Schlag würden sich so „die vielen Interventionen“ zugunsten der inhaftierten Juden ausschalten lassen.<sup>2</sup>

Im März 1943 kam es in Berlin aus Anlass der sogenannten „Fabrikaktion“ in der Rosenstraße, wenige Wochen nach der Stalingrad-Katastrophe, tatsächlich zu öffentlichen Protesten von Frauen gegen die drohende Deportation ihrer jüdischen Männer. Goebbels klagte in seinem Tagebuch (Eintrag zum 6. März 1943) über „unliebsame Szenen vor einem jüdischen Altenheim, wo die Bevölkerung sich in größerer Menge ansammelte und zum Teil sogar für die Juden etwas Partei ergriff“; er verlangte damals



Abb. 2: Denkmal für die protestierenden Frauen in Berlin, Rosenstraße (Foto privat).

vom (RSHA) „die Judenevakuierung nicht ausgerechnet in einer so kritischen Zeit fortzusetzen ... Wir wollen uns das lieber noch einige Wochen aufsparen; dann können wir das um so gründlicher durchführen.“<sup>3</sup> Seit der Wannsee-Konferenz sorgte sich Goebbels – mit bekanntem Zynismus – um die Akzeptanz der Endlösungspolitik und um den Rückhalt der NS-Führung in der Öffentlichkeit.

Für ihn war es naheliegend die Sprachregelung zu überdenken und zu verbessern, vor allem soweit es die Transporte in den Osten betraf. Es galt nun die zentrale Anweisung: „Bei der öffentlichen Behandlung der Judenfrage muß jede Erörterung einer zukünftigen Gesamtlösung unterbleiben. Es kann jedoch davon gesprochen werden, dass die Juden geschlossen zu zweckentsprechendem Arbeitseinsatz herangezogen werden.“<sup>4</sup>

Selbst in den Gestapo-Anweisungen, die zur Deportation der jüdischen Mischehe-Partner im Februar 1945 führten, taucht dieses Motiv nochmals auf. Da ist die Rede davon, dass jemand unter bestimmten Voraussetzungen vom Abtransport ausgenommen werden könne, falls durch die Verschleppung „eine gewisse Unruhe hervorgerufen werden würde.“<sup>5</sup>

Über die nach der Oktoberdeportation 1940 in Heidelberg verbliebenen Juden gibt ein „Verzeichnis der am 1. Februar 1941 noch in Baden wohnhaften Juden (Volljuden einschließlich der in Mischehe lebenden Juden)“<sup>6</sup> Aufschluss. Die Liste enthält 81 Namen, davon lebten 56 Personen, auf der Liste gesondert gekennzeichnet, in „Mischehe“. Mit dem Fortschreiten der Deportationen aus dem Reich wuchs wie hier im Beispiel Heidelberg der Anteil der Mischehenpartner unter den verbliebenen Juden<sup>7</sup> und stellte schließlich – etwa seit Ende 1943 – auch im Gesamtreich die Mehrheit der noch außerhalb der Lager lebenden deutschen Juden. Nach Schätzungen handelte es sich damals

etwa um 50 000 Frauen und Männer. Personen, deren große Zahl man als Symptom für eine fortgeschrittene kulturelle und soziale Integration der deutschen Juden deuten kann, waren einem Regime ausgeliefert, dessen Machthaber als politisches Hauptziel die Zerstörung ebendieser Symbiose durch Deportation und Vernichtung anstrebten. Auf diese Gruppe versuchte die Gestapo im Januar / Februar 1945 reichsweit zuzugreifen und Transporte nach Theresienstadt unter der Tarnbezeichnung „Geschlossener Arbeitseinsatz“ zusammenzustellen. Über die entsprechende Aktion in Heidelberg berichtet die Zeitzeugin Marie Baum:<sup>8</sup>

„Der letzte Transport fand noch am 14. Februar 1945 statt. Er betraf die jüdischen Ehepartner aus Mischehen, und die Rohheit der Auswahl erstreckte sich sogar auf Mütter mit kleinen Kindern, von denen eine den bitteren Weg nach Theresienstadt wirklich hat antreten müssen, während von den 31 auf der Liste Stehenden doch wenigstens neun auf ärztliches Zeugnis hin oder durch zeitweiliges „Untertauchen“ dem Transport entzogen wurden.“

Eine exemplarische Auswahl von verfolgten Personen, die von dieser „letzten“ Deportation bedroht oder erfasst wurden, soll im Folgenden im Mittelpunkt stehen. Dabei geht es darum, den „Blick von unten“ auf diese Vorgänge

herauszuarbeiten und die von Marie Baum schon angedeuteten, unterschiedlichen Reaktionsweisen, die Überlegungen und das Verhalten, auch die Interventionsversuche zugunsten der Bedrohten bei höheren Partei- und Staatsstellen, darzustellen, soweit es die lokalen Quellen zulassen. Obwohl es keinen kohärenten Quellenbestand zu dieser Thematik gibt, soll versucht werden, v. a. auf der Grundlage von Tagebuch-Notizen (Karl Jaspers, Greta Stengel), von schriftlichen Lebenserinnerungen (Katharina von Künßberg) und von schriftlichen Nachlass-Teilen und von Entnazifizierungsakten (der beteiligten lokalen Gestapo-Beamten) die unterschiedlichen Sichtweisen von Heidelberg aus auf das Lager Theresienstadt darzustellen als auch aus der lokalgeschichtlichen



Abb. 3: Marie Baum 1874–1964  
(Foto UAH).

lichen Nahsicht ein mosaikartiges Bild vom Gesamt Ablauf dieser Aktion in den letzten Kriegswochen bis zur Befreiung und Rückkehr aller Heidelberger aus Theresienstadt Juni / Juli 1945 zu gewinnen. Dass in einem Fall ein Deportationsopfer zu Interviews bereit war und wertvolle Auskünfte gab, soll hier mit herzlichem Dank erwähnt sein. An entscheidenden Stellen soll auch der „Blick von oben“, die sich wandelnden Absichten und Anweisungen der Partei- und Staatsführung, die Deportationen nach Theresienstadt betreffend, skizziert werden. Im „Fall Bender“, einen Heidelberger Gestapo-Beamten betreffend, soll der frühe Versuch einer juristischen Aufarbeitung dieser Deportation im Zusammenhang der Entnazifizierungsverfahren geschildert und der Zeitrahmen bis 1948 / 9 erweitert werden.

## 2. Leontine Goldschmidt und das Ehepaar Jaspers: „Selbstmordbereitschaft“

In Heidelberg war der Freitag der fast achtzigjährigen Leontine Goldschmidt Anstoß für eine Diskussion über Theresienstadt. Die gebrechliche Frau, geborene von Portheim, Witwe des bekannten Mineralogen und Honorarprofessors Victor Goldschmidt und –



Abb. 4: Leontine Goldschmidt 1863–1942 (Foto Renate Marzloff: Leontine und Victor Goldschmidt, Heidelberg 2007, S. 8).

zusammen mit ihrem Mann – Begründerin der von-Portheim-Stiftung für Wissenschaft und Kunst, hatte einen Deportationsbefehl in das Lager Theresienstadt erhalten. Das Ehepaar Jaspers war mit Frau Goldschmidt befreundet. So war ihr Tod am 25. August 1942, wie Karl Jaspers in seinen autobiographischen Notizen schrieb, „das für uns persönlich Niederschlagendste“.<sup>9</sup> Vorher hatten sich alle, die ihr nahe standen – auch das berichtet Karl Jaspers – bemüht sie zu retten, „eine Ausnahme zu erwirken“, wie man das nannte, selbst Nazis seien daran beteiligt gewesen. Diese Bemerkung Jaspers' ist verifizierbar: es gelang durch Vermittlung des Heidelberger Rechtsanwalts Friedrich Spitz den Volkskundler Eugen Fehrle, Professor in Heidelberg und Ministerialrat im Kultusministerium

in Karlsruhe, dafür zu gewinnen, einen Brief an den damaligen Gauleiter in Salzburg, Gustav Adolf Scheel, in seiner Heidelberger Studienzeit Studentenfürher, später Reichsstudentenfürher, zu schreiben, um ihn für eine Intervention zugunsten von Frau Goldschmidt zu gewinnen. Es ist wahrscheinlich, dass man – zumindest im Kreis der Personen, die der Universität nahe standen – wusste, dass Scheel Anfang des Jahres 1942 für Katharina von Künssberg<sup>10</sup> erfolgreich tätig geworden war. Es lag auch deswegen nahe, sich an Fehrle und Scheel zu wenden, da diese beiden Nationalsozialisten nach 1933 in das Kuratorium der von-Portheim-Stiftung einbezogen worden waren und nacheinander den Vorsitz der Stiftung innegehabt hatten. Jaspers, der das Schreiben Eugen Fehrles gelesen hatte, bescheinigte im Jahre 1946, dass es ein „sehr intensiver Brief“, „klar und bestimmt und ausführlich begründet“ gewesen sei, Fehrle habe getan, was man damals noch tun konnte. Scheel jedoch, im November 1941 von Hitler zum Gauleiter ernannt, wagte nicht, sich für Frau Goldschmidt einzusetzen, sondern erklärte nur telefonisch gegenüber Rechtsanwalt Spitz, er könne in dieser Sache nichts unternehmen, „weil der Führer die Gauleiter besonders davon in Kenntnis gesetzt habe, dass bei den z. Zt. in ganz Deutschland durchgeführten Aktionen ein Eingreifen der Gauleiter für einzelne Juden nicht erfolgen dürfe. Er, Scheel, „wisse, was Frau Goldschmidt geleistet hat, auch dass ihr persönliches Verhalten immer einwandfrei gewesen ist, könne aber nicht eingreifen, da Frau Goldschmidt nicht in dem ihm unterstellten Gau wohne“. Soweit die Notiz von Spitz über jenes Telefonat.<sup>11</sup> Das Führerprinzip hatte obgestiegen. Der Appell an ältere Verbindlichkeiten blieb wirkungslos.

Als die Absage in Heidelberg eintraf, hatte Leontine Goldschmidt sich schon für den Freitod entschieden. Sie hatte zuvor noch geschwankt, ob sie nicht doch dem Befehl Folge leisten sollte, in der Hoffnung ihre beiden Brüder Emil und Friedrich vielleicht noch lebend wiedersehen zu können. Diese waren nämlich – wie sie wusste – von Prag aus nach Theresienstadt verschleppt worden. Theresienstadt war zunächst als ein Sammellager für die tschechischen Juden aus dem Protektorat Böhmen und Mähren geplant. Damals war es jedoch bereits ein Durchgangslager für deutsche und für tschechische Juden, eine Zwischenstation für die Vernichtungstransporte nach Auschwitz. Dort sind auch beide Brüder Leontine Goldschmidts noch im Jahre 1942 umgebracht worden.

Dass unter den damaligen Umständen auch die Selbsttötung weder schnell noch einfach zu bewerkstelligen war, überliefert Marie Baum, die engste Mitarbeiterin von Pfarrer Hermann Maas in dessen Hilfsstelle für „christliche Nichtarier“. Sie schreibt:<sup>12</sup>

„Der Tod (Leontine Goldschmidts) kam bei den unzulänglichen Mengen an Betäubungsmitteln nicht leicht; lange, lange Tage hat sie um ihn ringen müssen. Jedes Mal, wenn ich an dem Haus (damals: Leopoldstraße 12, heute: Friedrich- Ebert- Anlage 12) vorbeigehe, fährt mir ein Stich durchs Herz, denke ich an das schwere Ende dieser gütigen, stets hilfsbereiten und ihrer Anlage nach heiteren alten Frau.“

Karl Jaspers selbst, 1937 als „jüdisch versippter“ Beamter aus dem Universitätsdienst entlassen, hielt letztlich seine chronische bronchiale Krankheit<sup>13</sup> und das Sprachenproblem, d.h. die Frage der Übersetzbarkeit seines philosophischen Lebenswerks<sup>14</sup> vom Entschluss auszuwandern ab. Wahrscheinlich gaben die sog. „Reichskristallnacht“ und die darauf folgende Verschärfung der Judenpolitik des Regimes wie z.B. die beginnende Umsiedlung in sog. Judenhäuser bei ihm den Anstoß, ein Tagebuch zu führen, um sich selbst über seine „starke Neigung“ zu vergewissern, nicht auszuwandern, sondern in Heidelberg zusammen mit seiner jüdischen Frau auszuharren. In diesem Tagebuch fand auch der Schrecken über die große Deportation im Oktober 1940 nach Gurs und über einzelne spätere Transporte mit Heidelberger Juden nach Theresienstadt seinen Niederschlag. Jaspers rechnete mit weiteren radikalen Maßnahmen. Insbesondere Gerüchte über eine bevorstehende Zwangsscheidung von „Mischehen“ und über eine



Abb. 5: Gertrud und Karl Jaspers (Foto Hans Saner: Karl Jaspers. Rowohlt Monographie 50169, S. 59).

drohende Deportation der jüdischen Partner aus dieser bisher verschonten Gruppe versetzten das Ehepaar Jaspers in große Angst. Jaspers fand so, auch wenn Freunde dringend zur Emigration rieten („Fast alle Nachdenklichen wünschen, wir möchten

hinausgehen.“ (Tagebuch-Eintrag vom 16.3.1939)), zu einer eigenen Form innerer Emigration, in der das Ehepaar glaubte, seine Menschenwürde wahren zu können, auch wenn sich die Situation für sie noch weiter zuspitzen sollte:

„Grundlage unseres Tuns muss bleiben, dass wir beide uns von einander nicht trennen. Dass die Welt, die uns durch Rassequalifikation trennen will, nicht in uns eindringt, wir absolut solidarisch und nicht unter Bedingungen solidarisch bleiben (...).Die Bedrohungen müssen klar vor Augen stehen. Jetzt schon können wir in Hotels kaum unterkommen – wird die Wohnung genommen, sind wir obdachlos –, werden Mischehen allgemein für nichtig erklärt, sind wir machtlos –, es bleibt nur der Tod (...). Ich darf nur hier bleiben, wenn ich bereit bin, in einem gegebenen Augenblick mit Gertrud zu sterben. Das Leben muss von nun an unter dieses Maß und diese Gefahr treten.“<sup>15</sup> (Tagebuch-Eintrag vom 17.3.1942)

Nur „Selbstmorbereitschaft“ und „tägliche Vergewisserung der Todesbereitschaft“ (Tagebuch-Eintrag vom 11.2.1939 bzw. 1.4.1939) seien das einzige Mittel der Schwachen und Ohnmächtigen gegen Deportationsverfügungen, in der gegebenen Lage gleichsam eine letzte Bastion. Falls seine Philosophie an diesem entscheidenden Punkt versage, sei sie wertlos und „nur ausgedachtes Zeug“. (Tagebuch-Eintrag vom 2.5.1942) „Der Mensch ist nur Mensch, wenn er irgendwo mit seinem ganzen Leben eintritt,“ schreibt Jaspers im Rückblick. Und:<sup>16</sup>

„Wir, die wir nicht kämpfen mit der Waffe, nicht dreinschlagen können, wir Ohnmächtigen, ... wir können nicht ändern, was geschieht, und was von andern getan wird, aber wir können sterben.“

Jaspers empfand diese Situation als eine existenzielle Bewährungsprobe seiner Philosophie, zugleich aber auch – und das ist weniger bekannt – als eine Herausforderung, nichts unversucht zu lassen, sondern alle praktikablen Mittel und Wege energisch zu nutzen, um im Ernstfall sich und seine Frau dem Zugriff der Gestapo zu entziehen. Unmittelbar nach der Befreiung bemühte sich Jaspers in seinem autobiographischen Rückblick und ähnlich dann auch in der berühmt gewordenen Vorlesungsreihe im WS 1945/46 über „Die Schuldfrage“, ebenso in einer Broschüre unter dem gleichen Titel (Heidelberg 1946), auch um die Klärung und ethische Wertung des eigenen Verhaltens in der Diktatur. In diesem persönlichen Rückblick heißt es:

„Meine Frau und ich haben in diesen letzten Jahren Angst ausgestanden, aber wir lebten still. Die einzige Möglichkeit zu überleben ist, nicht aufzufallen.<sup>17</sup> Nun aber stellten wir uns sogleich die Frage: Haben wir nicht in schuldvoller Passivität in den dunklen Jahren versagt?“<sup>18</sup>

Dann nahm er die bekannten Differenzierungen in der „Schuldfrage“ vor:

„1. Wir sind, als unsere jüdischen Mitbürger abtransportiert wurden, nicht auf die Straße gegangen, haben nicht geschrien, bis man auch uns vernichtete, aus dem richtigen, aber keineswegs befriedigenden Grund: Das hätte ja doch nichts geholfen, das hätte keinen Eindruck gemacht und wäre sinnlos gewesen. Dass wir noch leben, ist unsere Schuld!“

„2. Wir haben in einem Staat gelebt, der diese Verbrechen begangen hat. Wir haben zwar persönlich keine Schuld in einem moralischen oder kriminellen Sinne. Aber da wir in diesem Staate als dessen Bürger gelebt haben, können wir uns nicht von ihm trennen. Das heißt: Wir haften für das, was der vorhergehende Verbrecherstaat getan hat. Wir müssen die Folgen tragen. Das bedeutete politische Haftung.“

Für Klaus von Beyme<sup>19</sup> ist Jaspers in jener Schrift und in seinen anderen politischen Schriften „der klassische Gesinnungsethiker“, den Max Weber im Auge hatte. Hans

Saner, der Basler Kenner und Herausgeber von Jaspers' nachgelassenen Schriften, kommt in seinem Essay „Überleben mit einer Jüdin in Deutschland. Karl und Gertrud Jaspers in der Zeit des Nationalsozialismus“ dagegen zu einem differenzierteren Urteil.<sup>20</sup> Er bezieht sich zusätzlich zu den politischen auch auf die autobiographischen Schriften und erkennt, dass Jaspers' moralische Perspektive durchaus die praktischen Lebensbedingungen des Alltags in der Diktatur in Rechnung stellte und sein Verhalten nicht von realitätsferner Unbedingtheit geprägt war. Er würdigt dessen Lebensklugheit in jener Zeit in Heidelberg. Es war eine besondere Art von „innerem Exil“, zu der das Ehepaar Jaspers im NS-Staat gefunden hat, gleichweit entfernt von aktivem Widerstand und opportunistischer Anpassung:<sup>21</sup>

„Da aktiver Widerstand (schon wegen seiner stark angegriffenen Gesundheit) gar nicht in Frage kommen konnte, war es von vornherein sinnlos, das Leben mutwillig einzusetzen, es wäre denn, er hätte sich selber die Rolle des Märtyrers und seiner Frau die des Opfers zugeeignet. Er hat es nicht getan, sondern für sich und seine Frau das Leben gewählt, allerdings unter der Bedingung, dass es ein gemeinsames und nicht würdeloses Leben sei. Durch diese Wahl galt für ihn, nicht aus Fahrlässigkeit dem Terrorapparat anheim zu fallen, sondern sich ihm nach Möglichkeit zu entziehen. Dieser Entzug war ihm innerlich leicht möglich und durch Vorsicht und Schweigen auch äußerlich. Es gibt von Jaspers aus den Jahren der Nazizeit kein falsches öffentliches Wort, und er hat nie dem Druck nachgegeben, durch eine öffentliche Handlung sein Einverständnis mit dem Nationalsozialismus kundzutun.

Im mündlichen wie schriftlichen Umgang mit Nazibehörden war er jederzeit besonnen oft schlaue ... Wo ihm ein Recht beschnitten wurde, hat er konsequent, aber unaufdringlich auf seiner Geltung bestanden. Wenn ihm Nazis Hilfe anboten, hat er sie ohne falschen Stolz angenommen, aber ohne dem Helfer jemals zu vertrauen; manchmal hat er auch um sie direkt oder indirekt ersucht, wenn ihm Wesentliches auf dem Spiel zu stehen schien. Es geschah immer in der gespielten Naivität, als ob Recht und Verdienst im totalitären Staat ihre Geltung hätten.“

Oder in den Worten von Jaspers' Tagebuch (Eintrag vom 6.9.1942):

„Eine Bitte an faktische Gewalten halte ich nicht für unwürdig. Im Gegenteil: Ich selber will gar keine Schuld an unserem Ende haben, wenn es sein muss. Schuld hätte ich durch falsche, aus einer versunkenen Welt stammende Ehrgefühle, die seit einem Jahrhundert schon Talmi sind. Die Ehre liegt ganz anderswo.“

So war Jaspers bemüht, sowohl über den Heidelberger NSDAP-Kreisleiter Wilhelm Seiler als auch über den Universitätsrektor und badischen Staatsminister Paul Schmitt-Heinner in Erfahrung zu bringen, ob eine akute Gefährdung für die Partner von „Mischehen“ bestünde, um gegebenenfalls einen Aufschub oder eine Ausnahme zu erreichen.<sup>22</sup> Schmitt-Heinner seinerseits schrieb am 29.11.1942 deswegen an den ehemaligen Reichsstudentenführer und Gauleiter Gustav Adolf Scheel und am 3.12.1942 an das Kultusministerium in Straßburg. Scheel seinerseits setzte sich bei Otto Ohlendorf, dem zuständigen Amtschef III im Reichssicherheitshauptamt, für Jaspers ein, der in einem Brief vom 22.1.1943<sup>23</sup> an Schmitt-Heinner ausweichend antwortete, dass von irgendwelchen gegen Jaspers getroffenen oder beabsichtigten Maßnahmen nichts bekannt sei:

„Ob bei eventuellen künftigen Maßnahmen gegen jüdische Mischehen im Falle Jaspers die ‚Anerkennung einer Ausnahme‘ erwirkt werden kann, müsste zu gegebener Zeit erneut überprüft werden“.

Jaspers' Intervention drang im Unterschied zu dem Gesuch zugunsten von Leontine Goldschmidt tatsächlich bis zur zuständigen und entscheidenden Instanz vor, ohne dass die Antwort jedoch in irgendeiner Weise hilfreich gewesen wäre. Außer den genannten Eingaben und Interventionen bei NS-Instanzen traf Jaspers noch weitere Vorkehrungen, um eine Deportation seiner Frau möglichst zu verhindern. Gertrud



Abb. 6: Emil Henk 1893–1969 (Foto: STAHD).

Jaspers nahm ein Angebot des Heidelberger Nazi-Gegners Emil Henk<sup>24</sup> an, sich in seinem Hause in der Kaiserstraße 33 zu verstecken, wenn Warnungen kamen, dass man gegen „Mischehen“ vorgehen würde. Im Winter 1944/45 war das einige Male der Fall und Frau Jaspers hielt sich dort jeweils bis zu zwei Wochen verborgen. Für den Fall, dass die Gestapo nach ihr suchen würde, hatte das Ehepaar Jaspers zusätzlich die Fiktion eines Selbstmordes und einen entsprechenden Abschiedsbrief vorbereitet.<sup>25</sup>

Später im Rückblick konnte Jaspers über jene Zeit mit lockerer Ironie sprechen:

„Ich habe von Hitler acht Jahre Urlaub bekommen; ohne diesen Urlaub hätte ich meine Philosophie nie ausarbeiten können und nicht die Kenntnisse für meine Geschichte der großen Philosophen erwerben können.“<sup>26</sup>

Genauso klar wie er seine Überlebensform des inneren Exils gegenüber opportunistischer Anpassung abgegrenzt wissen wollte, so widersprach er in einer Presseerklärung „Gegen falsche Heroisierung“ (RNZ vom 25.1.1946) dem Inhalt verschiedener Zeitungsartikel, die ihn in die Nähe des aktiven Widerstands rücken wollte. In seinem Text hieß es:

„Gegen eine falsche Heroisierung sind wir nach der Nazi-Zeit empfindlicher als je. Ich bin kein Held und möchte nicht als solcher gelten.

Als „verspätete Emigration“ benannte Eike Wolgast<sup>27</sup> pointiert Jaspers' Weggang von Heidelberg nach Basel im März 1948, als aus seiner Sicht politische Umkehr und „Wandlung“ im Nachkriegsdeutschland in den Anfängen stecken geblieben waren.

### 3. Theresienstadt – „eine Verführung“? Zur Typologie des Lagers

Die folgende Notiz in Karl Jaspers' Tagebuch (vom 28.8.1942) entstand fraglos im Zusammenhang mit der drohenden Deportation Leontine Goldschmidts und ihrem Tod. Sie gibt auch darüber Auskunft, was man damals in Heidelberg über Theresienstadt wusste bzw. welche unterschiedlichen Meinungen über das Lager kursierten:

„Manche sprechen von Theresienstadt. Es sei doch möglich, dort zu leben. Es ist eine Verführung in diesem Sprechen: doch im Dasein zu bleiben. Aber: Eine Deportation ist so gut wie eine Hinrichtung: Das Leben dort ist das im Gefängnis eines Konzentrationslagers. Vor allem aber: Wer darf Vertrauen haben zu solchem „Altersheim“? Keine Nachricht kommt von da. Post ist „vorläufig“ verboten. Man ist völlig preisgegeben. Daher ist es menschenwürdig und erlaubt, in hoffnungsloser Lage dem Todesurteil zuvorzukommen. Gott will nicht jedes Elend: Er bringt den Menschen in Situationen, wo dieser durch eigene Aktivität abbrechen soll, damit er nicht in einem Leben absoluter Ohnmacht zur Würdelosigkeit in der Qual versinken müsse. Es gibt eine Grenze, wo Selbstmord kein eigentlicher Selbstmord mehr ist.“<sup>28</sup>

Die Notiz zeigt, dass Jaspers sowohl die NS-Propaganda um das „Altersghetto“ und das scheinbare „Vorzugslager“ für privilegierte deutsche Juden kannte, als auch die

Täuschungsabsicht dieser Tarnung durchschaute. Für ihn war jede Deportation eine „langgezogene Hinrichtung“, freilich ohne dass er damals bereits den Zusammenhang der Einzelmaßnahmen mit dem NS-Projekt der systematischen Massenvernichtung der europäischen Juden hätte erkennen können. Da die NS-Presse über Deportationen und Lager nicht berichtete, ist zu vermuten, dass Jaspers wie auch der Kreis der Helfer um Pfarrer Maas durch die Rundschreiben der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ einiges über Theresienstadt erfahren haben. Die RVJD war eine Zwangsvereinigung, welche auf Geheiß der Gestapo z.B. mit der „jüdischen Selbstverwaltung“ in Theresienstadt und für sog. „Heimeinkaufsverträge“ warb.<sup>29</sup> Über die tatsächliche Funktion des Lagers Theresienstadt gibt das Protokoll der Wannsee – Konferenz zur „Endlösung der Judenfrage“ vom 20. Januar 1942 Aufschluss. Sie markiert die Abkehr der NS-Deportationspolitik, die europäischen Juden in Reservate, sei es in Madagaskar oder im europäischen Osten, zu verschleppen und zeigt den Übergang zum eindeutigen Programm des Genozids in den Massenvernichtungslagern. Im Wannsee-Protokoll heißt es:

„Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozial-politischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen. Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsgghettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden. Wichtige Voraussetzung, so führte SS-Obergruppenführer Heydrich weiter aus, für die Durchführung der Evakuierung überhaupt, ist die genaue Festlegung des in Betracht kommenden Personenkreises.

Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto – vorgesehen ist Theresienstadt – zu überstellen.

Neben diesen Altersklassen – von den am 31.10.1941 sich im Altreich und der Ostmark befindlichen etwa 280 000 sind etwa 30% über 65 Jahre alt – finden in den jüdischen Altersghettos weiterhin die schwerkriegsbeschädigten Juden und Juden mit Kriegsauszeichnungen (EK I) Aufnahme. Mit dieser zweckmäßigen Lösung werden mit einem Schlag die vielen Interventionen ausgeschaltet.“<sup>30</sup>

Es ist festzuhalten, dass den Machthabern viel daran lag, Gerüchten über die angelauene Judenvernichtung entgegenzutreten und die Vielzahl von Beschwerden und „Interventionen“ zugunsten einzelner Häftlinge bzw. einzelner von Deportation bedrohter Menschen, wie z.B. im Falle von Leontine Goldschmidt und von Gertrud Jaspers in Heidelberg möglichst zu unterdrücken. Für beide Ziele erschien die imaginierte Vorstellung eines „Altersghettos“ gleichsam als lebenslängliches Altenheim „zweckmäßig“. In dieser neuen Funktion sollte Theresienstadt nach dem Willen der NS-Führung als Vorzugslager für alte und privilegierte Juden erscheinen, die Bevölkerung im Reich, die Öffentlichkeit im Ausland und nicht zuletzt die Opfer selbst täuschen und desorientieren. Ihr Motiv war keineswegs den Deportierten wegen ihres Alters oder ihrer Verdienste Vorteile zu verschaffen, sondern das Bestreben die Durchführung der Deportation zu erleichtern und Unruhe zu vermeiden, indem man von den mörderischen Zielen ablenkte. Es erschien als vorteilhaft, Juden nach Theresienstadt bzw. über Theresienstadt weiter zu deportieren. Der erste Transport aus Deutschland nach Theresienstadt fand am 2. Juni 1941 statt. Solange in Auschwitz die Vernichtungstätigkeit andauerte, funktionierte das Lager Theresienstadt als Durchgangslager nach Osten. Gleichzeitig erfüllte das Lager selbst wie die anderen Konzentrationslager seine dezimierende Funktion: von den aus Deutschland nach Theresienstadt deportierten Juden

starben mehr als die Hälfte an den dort geschaffenen qualvollen Lebensbedingungen (Übervölkerung, fehlende sanitäre Einrichtungen, Mangel an Lebensmittel, unver-sorgte Krankheiten).

Die Mehrzahl der Überlebenden kam erst in den letzten Monaten des Krieges nach Theresienstadt, als das Lager Auschwitz bereits geräumt war und keine „Osttransporte“ mehr aus Theresienstadt abgingen. Der letzte Transport in Richtung Auschwitz verließ Theresienstadt am 28. Oktober 1944. Für das Lager Theresienstadt gab es also von nationalsozialistischer Seite keine eindeutige und konsequent durchgeführte Konzeption. Vielmehr erfüllte es unterschiedliche Funktionen: zunächst war es als Sammellager für tschechische Juden projektiert, dann galt es als Vorzugslager bzw. Altersghetto für „privilegierte“ deutsche Juden (das im Jahre 1944 z.B. gegenüber zwei Delegationen des Internationalen Roten Kreuz erfolgreich als Propagandalager präsentiert werden konnte), dann war es Durchgangslager und Zwischenstation auf dem Weg zu den Vernichtungslagern im Osten.<sup>31</sup> Hintergrund der folgenden Ausführungen ist die letzte Phase des Lagers, die Phase nach der Befreiung von Auschwitz nach dem 27. Januar 1945, als Theresienstadt nicht mehr Zwischenstation für die Deportierten war, sondern Endstation. Darauf ist letztlich zurückzuführen, dass trotz der qualvollen Lebenswirklichkeit im Lager alle Heidelberger aus dem Transport XIII / 6 vom Februar 1945 überlebten und zurückkehren konnten.

#### 4. Theresienstadt 1944: der Transport XIII / 4, Dora Busch und Greta Stengel

Schon ein Jahr vor dieser letzten Deportation, im Transport XIII / 4 vom 11.1.1944, waren Dora Busch und Greta Stengel – beide waren verwitwet und hatten so den „Mischehen“-Schutz verloren – für einen „Abwanderungstransport“ nach Theresienstadt bestimmt worden. Dora Busch (1888–1992), deren Mann im Ersten Weltkrieg gefallen ist, war die Tochter des bekannten Staats- und Völkerrechtlers Georg Jellinek. Sie wurde aus Heidelberg deportiert. Ihr Fallbeispiel zeigt, dass mittlerweile auch hier die Methode bei den Verschleppungen verändert und auf diabolische Weise perfektioniert worden war. Sie erfolgten nicht mehr überfallartig wie noch im Oktober 1940, sondern



Abb. 7: Dora Busch 1888–1992 (Fotografie privat).

die Gestapo bezog jetzt die Funktionäre der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ (RVJD) mit ein. Später nach Auflösung der RVJD Mitte 1943 repräsentierte dann ein Netz von jüdischen „Vertrauensmännern“ die deutschen Juden in 41 Städten des Reiches. Da in Heidelberg der Gemeindevorsteher und der Synagogenrat bereits im Jahre 1940 deportiert worden waren, hatte jetzt Rechtsanwalt Arthur Strauß, selbst in „Mischehe“ lebend, von der RVJD, Bezirksstelle Karlsruhe, gleich im November 1940 eingesetzt, gewissermaßen als Nachfolger zu fungieren. Strauß musste dabei zwei an sich unvereinbare Aufgaben erfüllen. Er musste nach Möglichkeit versuchen, die „kümmerlichen Rechte“ der verbliebenen Juden zu wahren, wofür er sich auch in enger Zusammenarbeit mit Pfarrer Maas und seinen Mitarbeiterinnen Marie

Baum und Marie Clauss einsetzte<sup>32</sup>. Andererseits war er verpflichtet worden, die Befehle der Gestapo den Betroffenen bekannt zu geben, wozu auch Deportationsverfügungen gehörten. Das Schreiben von Strauß an Dora Busch begann entsprechend: „Auf behördliche Weisung muss ich Ihnen eröffnen ...“. Allem Anschein nach geht diese Veränderung des Vorgehens auf Adolf Eichmann selbst zurück, der die Gestapostellen im Frühjahr 1942 ermahnte, im eigenen Interesse darauf zu achten, die für eine „glatte Abwicklung“ notwendigen jüdischen Funktionäre „erst dem letzten Evakuierungstransport anzuschließen“.<sup>33</sup>

Greta Stengel (1877–1965), geb. Kuppenheim, wurde von Pforzheim aus verschleppt. Ihr Mann, der Arzt Hermann Stengel, war 1933 verstorben. Schon im Jahr 1942 hatte sie einen Deportationsbefehl der Gestapo erhalten. Um diesem nicht nachkommen zu müssen, ließ sie sich von einer befreundeten Frauenärztin die Brust amputieren. Das Gesundheitsamt bescheinigte ihr diesmal Transportunfähigkeit, so dass die drohende Gefahr vorerst abgewendet war. Der Verschleppung nach Theresienstadt konnte sie aber nicht mehr entkommen. Dort hat sie von ihrer Ankunft in der Nacht zum 12. Januar 1944 bis zur Befreiung im Mai 1945 Tagebuch geführt.<sup>34</sup> Nach ihrer Befreiung kehrte sie zunächst ins ausgebombte Pforzheim zurück. Aus dem Lager hatte sie Knochentuberkulose mitgebracht, lag ein Jahr im Krankenhaus, bis ihr zur Ampu-

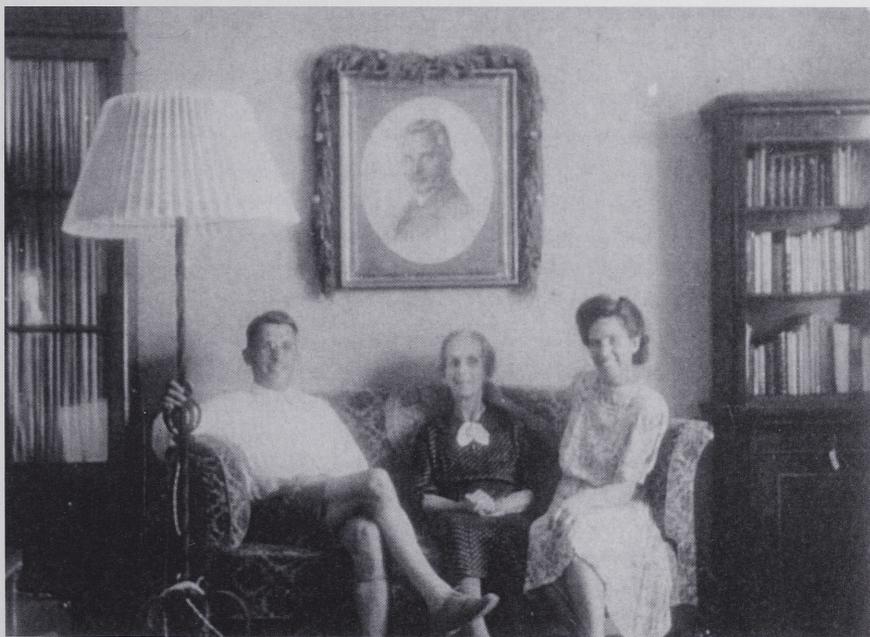


Abb. 8: Greta Stengel, geb. Kuppenheim, 1877–1965, in der Mitte mit Sohn Hanfried und Tochter Annemarie, auf dem Bild über dem Sofa Hermann Stengel (Foto privat, etwa 1947).

tation eines Unterschenkels geraten wurde. Später hat sie in Heidelberg gelebt, wo ihr Sohn eine Arztpraxis führte. In ihren Tagebuch-Texten wird deutlich, dass es vor allem der familiäre Zusammenhalt war, d.h. der intensive Kontakt durch Briefe und Päckchen ihrer Kinder Hanfried und Annemarie, der Greta Stengel im Lager die Kraft gab durchzuhalten, auch wenn ihr selbst nur alle zwei Monate eine 30-Worte-Mitteilung aus

Theresienstadt möglich war. (Hanfried Stengel wurde 1933 aus rassistischen Gründen als Klinikarzt entlassen; später an verschiedenen Orten „notdienstverpflichtet“, zuletzt in Heidelberg-Pfaffengrund; vom 2.3. bis 5.4.1945 wegen Abhörens von „Feindsendern“ in Heidelberg inhaftiert; die Tochter Annemarie Stengel war nach dem Krieg Lehrerin am Hölderlin-Gymnasium in Heidelberg). Neben den Härten des Lageralltags erlebte Greta Stengel im Herbst 1944 auch die Zusammenstellung der Ost-„Transporte“ von Theresienstädter Häftlingen, was zu den gefürchtetsten Ereignissen des Lagerlebens gehörte. Am 30.9.1944 notierte sie:

„Stimmung noch schwerer, täglich gehen Transporte, zum Teil in Gepäckwagen, Ziel unbekannt. Was mag noch werden aus uns? Liebes, schönes Päckchen von Hanfried (Keks). Werde ich die Kinder wiedersehen? O, gib es, Herr, und erhalte uns gesund und stark!“

Zum 5.10. bzw. 11.10.1944: „Registrierung auf der Kommandantur. Was sie wohl zu bedeuten hat? Registrierung hängt mit den Transporten zusammen. Wir Mischehen hoffen bewahrt zu bleiben. Unsere liebe, gute Frieda Wolf kam in den Transport. Gestern hat sie uns verlassen. Wohin sie kam, weiß kein Mensch. Welch jammervoller Anblick, die armen Menschen mit Sack und Pack, deren Gewicht sie fast erdrückt. Ihr letztes Hab und Gut, das Wenige verlieren sie zum Schluss noch oft; alles ist so beelendend.“

Zum 14.10.: „Das Heimweh nach den Kindern wird immer größer. Darf ich sie wiedersehen und wann? Nur fort von hier und zu ihnen! Sonst habe ich keinen Wunsch mehr! Immer noch gehen Transporte, auch Wilhelm Groß und Frau wurden erfasst. Sie fehlen mir, wie auch die gute Frieda, die uns soviel Gutes tat (Wäsche, Essen). Gar oft meldet sich Hunger, doch ich will zufrieden sein und auf weitere liebe Päckchen hoffen.“

Die Zielorte der Transporte blieben den Häftlingen unbekannt. Die im Lager umgehenden Gerüchte steigerten die stetige quälende Lebensunsicherheit zu panischen Ängsten. Nachforschungen haben ergeben, dass in diesen sogenannten „Herbsttransporten 1944“<sup>35</sup> insgesamt 18402 Häftlinge aus Theresienstadt deportiert wurden, von denen nur ganz wenige, nur 8,5 Prozent, überlebten. Diese Transporte waren ein entscheidender Einschnitt in der Geschichte des Lagers, so dass sogar die These formuliert wurde, die hier darzustellende „letzte“ Verschickung der in „Mischehe“ lebenden Juden aus Deutschland im Februar 1945 könnte die „Auffüllung“ des Lagers bezweckt haben.<sup>36</sup>

Eine Notiz vom 26.2.1945 zeigt, dass Greta Stengel die Ankunft von Juden aus eben dieser bisher verschonten Gruppe – es sind auch 17 Personen aus ihrer Heimatstadt Pforzheim dabei, die von den schweren Luftangriffen auf die Stadt berichten – registriert hat:

„Bad[ischer] Transport gekommen. Mischehen werden auseinandergerissen, Mütter von Kindern weg! Immer grausamer wird das Treiben.“

## 5. Die Gestapo-Außenstelle Heidelberg

Das Amt IV des RSHA, die Gestapozentrale in Berlin, ordnete „auf Befehl des Reichsführers SS“ mit Erlass vom 13. Januar 1945 an, dass „nunmehr auch alle in Mischehe lebenden arbeitsfähigen Juden ... dem Altersghetto Theresienstadt zum geschlossenen Arbeitseinsatz zu überstellen“ seien. Um den Zweck des Transportes glaubhafter zu machen, sollte zuvor die Arbeitsfähigkeit amtsärztlich untersucht werden<sup>37</sup>. Von der Gestapoleitstelle Karlsruhe wurde der junge Gestapobeamte Emil Zwiener (geb. 1911) der Außenstelle Heidelberg in der Bunsenstraße 19a zugeteilt, um das Geforderte vor Ort in die Wege zu leiten. In seinem Spruchkammer-Verfahren<sup>38</sup> im Jahre 1948 sagte er dazu aus:

„Von Karlsruhe kam eine Liste mit Namen der im Kreis Heidelberg wohnhaften Juden. Aus einem Begleitschreiben war zu ersehen, dass sämtliche arbeitseinsatzfähigen Juden zum Abtransport gesammelt werden sollten. Durch den Dienststellenleiter (in Heidelberg: Jakob Scheuermann) wurde angeordnet, dass die Liste einer eingehenden Prüfung unterzogen werden muss. Es stellte sich heraus, dass einzelne der Aufgeführten umgezogen, verzogen, gestorben sind. Soweit die Einsatzfähigkeit in Frage kam, wurde die Überprüfung durch das Gesundheitsamt durchgeführt. Nachdem diese Überprüfung stattgefunden hatte, sind ca. 30 Personen gesammelt worden. Die in Frage kommenden Personen wurden in Kenntnis gesetzt, dass sie sich für den Arbeitseinsatz bereit zu halten haben und dass mit einer Abreise an einem bestimmten Tage – nach meiner Erinnerung der 14. Februar 1945 – zu rechnen ist.“

Die Vorladung zum Gesundheitsamt wurde per Post im Namen der Gestapo mit der Unterschrift Zwiener und dem Datum vom 26.1.1945 verschickt; die amtsärztliche Untersuchung selbst nahm Dr. Hufnagl am 31.1.1945 im Gesundheitsamt vor. Für den Abtransport wurden die Betroffenen mit einem Brief vom 7. Februar, teilweise auch durch persönlichen Besuch von Arthur Strauß in das Haus der Deutschen Arbeitsfront (vormaliges Gewerkschaftshaus), Rohrbacherstraße 15, vorgeladen. Termin war der 14. Februar 20 Uhr. Es wurde eine Liste verlesen, um die Anwesenheit festzustellen. Die Behandlung der ungefähr 30 versammelten Menschen (auch Familienangehörige waren anwesend) durch Beamte des SD bzw. der Gestapo war, wie eine Zeitzeugin berichtet, schikanös: Das Gepäck, das auch Lebensmittel für fünf Tage umfassen sollte, wurde durchsucht. Gepackte Rucksäcke wurden ausgeleert, man „bediente“ sich. Dann verzögerte sich die Abfahrt des Personenzugs wegen Fliegeralarms. Erst am frühen Morgen des Folgetages wurden die Heidelberger Juden zum nahen Bahnhof hinübergeführt. Der Transport XIII / 6 umfasste nach der Liste, die in Theresienstadt am Ankunftstag, am 17. Februar, erstellt wurde, insgesamt 144 Personen v.a. aus Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Pforzheim; aus Heidelberg (und Vororten) 23 Personen<sup>39</sup>. Fünf Gestapo-beamte (darunter Emil Zwiener aus Heidelberg) fuhren als „Transportbegleiter“ bis zur Protektoratsgrenze Böhmen-Mähren mit. Über den Zielort gaben sie während der Fahrt keine Auskunft. Auf den Bahnhöfen schirmten sie den Zug streng ab: „Hier darf niemand heran. Das sind Juden.“

Zwiener kehrte danach nur noch für einen Arbeitstag nach Heidelberg zurück, dann meldete er sich krank. Man kann davon ausgehen, dass so kurz vor dem absehbaren Regimekollaps der Gedanke einer notwendigen Rückversicherung bei den führenden Beamten der Heidelberger Gestapo-Außenstelle, bei deren Leiter Jakob Scheuermann (geb. 1895) und bei dessen Stellvertreter Wilhelm Bender (geb. 1894), der zusätzlich zuständig war für die Arbeitsbereiche Religion, Kirche, Judentum, bereits eine wichtige Rolle spielte. Deshalb waren so exponierte Aktionen, wie das Engagement bei einem Deportationstransport, sicherlich nicht mehr beliebt. Bender musste sich von Zwiener z.B. unmittelbar nach seiner Abordnung von Karlsruhe nach Heidelberg sogar den Vorwurf anhören, er „könne auch mal gehen“. Rechtsanwalt Arthur Strauss bekräftigte dann als Zeuge im Spruchkammer-Verfahren gegen Wilhelm Bender, gewollt oder ungewollt, das verklarte Bild, das die Spitze der Heidelberger Gestapo damals von sich selbst zeichnen wollte:

„Als im Januar / Februar 1945 die Mischehen liquidiert werden sollten, wurde von übergeordneter Stelle ein ganz scharfer Gestapo-Mann nach Heidelberg gebracht, weil man den eingewachsenen Gestapo-Leuten nicht traute. Herr Bender war in diesen Kreisen unbeliebt ...“<sup>40</sup>

Zwiener wurde als „Hauptschuldiger“ eingestuft.<sup>41</sup>

## 6. Elisabeth Kaufmann-Bühler: „die Rohheit der Auswahl“

Um die „Rohheit der Auswahl“ der Opfer zu verdeutlichen, weist Marie Baum<sup>42</sup> besonders auf die Deportation von Elisabeth Kaufmann-Bühler, geb. Schoenflies (1900–1991) hin. Marie Baum überbrachte persönlich auf Bitten von Rechtsanwalt Arthur Strauß den entsprechenden Gestapo-Befehl in der Wohnung der Familie Kaufmann-Bühler Rohrbacherstraße 56 – sei es, um Trost zu spenden, sei es, um zu helfen eine panische Reaktion zu vermeiden. Das ist zugleich ein Beispiel dafür, dass sich vor Ort eine Kette der Kooperation zwischen Verfolgern und Opfern ergeben konnte, ohne dass es gelang, wesentlichen Einfluss auf den Ablauf zu nehmen. Marie Baum fand es besonders empörend, dass die Mutter von fünf kleinen Kindern verschleppt werden sollte, wobei



Abb. 9: Elisabeth Kaufmann-Bühler, geb. Schoenflies 1900–1991 (Foto privat).

das jüngste Kind, ihr Sohn Walter, erst am 18. Juni 1944 geboren worden war, also damals erst ein halbes Jahr alt war. Im Jahr 1939 hatte das Ehepaar Kaufmann-Bühler bereits die beiden Söhne Rolf und Ernst auf Vermittlung von Pfarrer Maas in einem Kindertransport nach England geschickt. Und schon bei der Oktober-Deportation des Jahres 1940 hatte Elisabeth Kaufmann-Bühler, während ihr Mann bei der Wehrmacht in Holland war, mit gepackten Koffern auf die Gestapo gewartet. Sie war von einem Nachbarn gewarnt worden. Dass damals in „Mischehe“ lebende Juden noch ausdrücklich ausgenommen waren, wurde erst allmählich bekannt.

Bei der Untersuchung im Gesundheitsamt erklärte der Amtsarzt Dr. Hufnagl Elisabeth Kaufmann-Bühler trotz einer Venenentzündung für leichtere Arbeiten ver-

wendungsfähig, also für die Deportation geeignet. Eine Intervention des Hausarztes der Familie in Rohrbach Dr. Kurt Hack, mit der Begründung, dass die Mutter das jüngste Kind noch stillte, blieb unberücksichtigt. Weder der Ortsgruppenleiter in Rohrbach noch der Heidelberger Kreisleiter der Partei ließen sich von Dr. Hack dazu bewegen, Fürsprache für Frau Kaufmann-Bühler einzulegen.

„Als sie in Theresienstadt ankam – so schreibt ihr Sohn Werner in einem Text zur Familiengeschichte<sup>43</sup> – erfuhr sie dort von dem Aufenthalt des Bruders Albert Schoenflies, den die Verfolgung in Holland eingeholt hatte; sie traf ihn nicht mehr an, da er mit einem der letzten Transporte nach Auschwitz weiterdeportiert worden war, wo er mit seiner Familie umkam. Ihr blieb Auschwitz dank des nahen Kriegsendes erspart. Sie wurde zu Arbeiten in der winterlichen Kälte eingesetzt, insbesondere zum Wasserschleppen, zum Putzen und in der Kleiderkammer, wo sie Kleider auf Weiterverwendung zu sortieren hatte, die in menschenleeren Zügen nach Theresienstadt zurück befördert worden waren.“

Nach der Befreiung bei Kriegsende wog Elisabeth Kaufmann-Bühler 40 Kilo. Wegen ihres Gesundheitszustandes konnte sie erst Wochen später als die anderen Inhaftierten zu ihrer Familie nach Heidelberg zurückkehren. Eine Operation wurde wegen der Venenentzündung notwendig, die aber nur eine zeitweise Besserung brachte.

Elisabeth Schoenflies entstammte einer jüdischen assimilierten Familie in Königsberg. Ihr Vater war Mathematiker und wurde von Königsberg nach Frankfurt berufen, wo ihm 1923, vermutlich als erstem jüdischen Ordinarius in Deutschland, auch das Amt des Rektors übertragen wurde. Eine Großnichte von ihm war die Dichterin Gertrud Kolmar, die in Auschwitz umkam, und einer seiner Großneffen war Walter Benjamin, der bei seinem Versuch sich zu habilitieren eine Zeit lang im elterlichen Haus in Frankfurt wohnte. Er nahm sich auf der Flucht vor dem Nazi-Regime an der spanisch-französischen Grenze das Leben. Elisabeth studierte Geschichte in Königsberg, Frankfurt und Heidelberg und promovierte mit einer Arbeit über Erasmus von Rotterdam. An der Universität Heidelberg lernte sie ihren späteren Ehemann Erich Kaufmann-Bühler kennen, der – wie sie – Geschichte studierte und eine Doktorarbeit über Ulrich von Hutten schrieb. Im Jahre 1934 verlor ihr Ehemann im Zuge des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seine Lehramtsstellung, und seine Familie musste in diesen Jahren von seinen schlecht bezahlten Aushilfstätigkeiten leben. Elisabeth war im Alter von sechzehn Jahren zum christlichen Glauben konvertiert und fand mit ihrer Familie in den Jahren der Not und der Verfolgung bei dem Rohrbacher Pfarrer Däublin und bei Stadtpfarrer Hermann Maas wichtigen Rückhalt.

„Nach der Befreiung – so schreibt ihr Sohn in der Familiengeschichte – hat Elisabeth Kaufmann-Bühler ihr weiteres Leben dem Dienst an der Familie untergeordnet, wobei sie ihre schwere gesundheitliche Behinderung, die sich durch die Deportation entscheidend verschlimmert hatte, beharrlich ignorierte ... Sie hat eine eigene Berufstätigkeit nicht angestrebt und hielt sich unterstützend im Hintergrund, als ihr Ehemann in der beginnenden Neuordnung der Nachkriegsverhältnisse das Amt des Direktors des Bunsengymnasiums in Heidelberg übernehmen konnte und auch politische Ämter im Rahmen der CDU übernahm, zunächst als Stadtrat und dann auch als Abgeordneter für den Wahlkreis Heidelberg Stadt in der verfassunggebenden Versammlung und im ersten Landtag Nordwürttemberg-Nordbaden ... Sie hat es verstanden, dass nach dem Studium keiner von ihren Söhnen in Heidelberg geblieben ist ... Sie hat alle ihre Söhne in ihrem Werdegang im Geiste und mit Briefen begleitet, und, wenn nötig, ermutigt und, solange sie konnte, besucht ... Sie hat über die Zeit der Deportation so gut wie nicht und über die zwölf Jahre der Verfolgung wenig gesprochen.“

## 7. Paul Hirsch – Erfolg bei der Gestapo?

Das Beispiel des Historikers Dr. Paul Hirsch<sup>44</sup> ist das einzige, an dem sich zeigen lässt, wie mit Hilfe befreundeter Ärzte eine Deportation tatsächlich verhindert werden konnte. Eine besondere Rolle spielten dabei auch kooperationswillige Gestapo-Beamte, die sich – wie oben erwähnt – wohl für den absehbaren Zusammenbruch des Regimes rückversichern wollten. Z.B. dadurch, dass man eine gewisse Distanz zu den Juden-Deportationen durchblicken ließ. Daraus entwickelte sich der recht spektakuläre „Fall Bender“. Damit eng verknüpft, wird hier für einen Moment ein Einblick in ein lokales Beziehungsgeflecht möglich, zu dem neben Else Hirsch, der Ehefrau des Historikers, insbesondere auch Arthur Strauß als damaliger Repräsentant der verbliebenen Heidelberger Juden mit seiner engen Bindung zur Hilfsstelle um Pfarrer Maas gehörte.



Abb. 10: Else und Dr. Paul Hirsch  
1883–1966 (Foto privat).

Else Hirsch wird als energische und kämpferische Frau beschrieben, ganz im Gegensatz zu ihrem Mann, der zurückgezogen und unauffällig seiner wissenschaftlichen Arbeit leben wollte. Die jüdische Herkunft war für Paul Hirsch kaum mehr von Bedeutung. Schon die Eltern hatten sich taufen lassen. Die Familie hatte vom Umschlagplatz Mannheim aus eine Firma mit internationalem Getreidehandel aufgebaut, so dass er mit diesem großbürgerlichen Hintergrund nach einem Geschichtsstudium in Heidelberg, Berlin und Straßburg in Heidelberg-Neuenheim im Haus Happelstraße 15 das Leben eines Wissenschaftlers und Privatgelehrten führen konnte. Seine herausragende wissenschaftliche Leistung ist eine bis heute gültige Edition der „Sachsengeschichte“ des Widukind von Korvei, die er im Auftrag der Monumenta Germaniae Historica

herausgab. Entsprechend der damaligen politischen Linie, die jüdische Minderheit immer weiter zu isolieren und deutsch-jüdische Wohngemeinschaften aufzulösen, entwickelte sich das geräumige Haus in der Happelstraße zu einem „Judenhaus“, in dem jüdische Verwandte und Freunde Unterschlupf fanden, aber auch Hausangestellte wohnten. Entsprechend häufig war das Haus und seine Bewohner von den Verfolgungsmaßnahmen betroffen. Im Oktober 1940 wurde Klara Eberstadt, eine Cousine von Dr. Hirsch, nach Gurs deportiert. In den Jahren 1942 und 1943 wurden drei weitere Frauen, die nacheinander dort als Hausangestellte gearbeitet hatten, aus der Happelstraße 15 verschleppt. Dann am 3. März 1943 Liese Hachenburg, eine Tochter des berühmten Mannheimer Rechtsanwalts, direkt nach Auschwitz. Else Hirsch hatte in all diesen Fällen bei Wilhelm Bender, dem Judenreferenten der Heidelberger Gestapo vorgesprochen, um Milderungen zu erreichen. Dabei habe sich über die Jahre ein gewisses Vertrauensverhältnis entwickelt. Bender habe ihr, wenn das Gespräch auf ihren Mann kam, versichert, dass sie „nichts zu befürchten brauche und dass er immer einen Ausweg finden werde.“

Ende Januar 1945 wurde dann Dr. Paul Hirsch, wie es in den parallelen Fälle auf der Deportationsliste auch geschah, von der Gestapo schriftlich vorgeladen. Rechtsanwalt Arthur Strauß suchte das Ehepaar auf, worüber Else Hirsch im Spruchkammerverfahren gegen Wilhelm Bender aussagte. Man erfährt, dass Strauß sich zusammen mit Bender bei der Gestapo-Leitstelle in Karlsruhe bemüht hatte, Paul Hirsch „und fünf Frauen, die noch kleine Kinder oder selbst ein Leiden hatten, von der Transportliste freizubekommen“, was ihm die vorgesetzten Beamten in Karlsruhe aber abschlugen. Es ist zu vermuten, dass es sich bei der einen Frau mit den kleinen Kindern um Dr. Elisabeth Kaufmann-Bühler handelte. Genauer ist dem Bericht nicht zu entnehmen außer dem Hinweis, dass Bender einen für Paul Hirsch schließlich erfolgreichen Ausweg an den höheren Gestapo-Stellen vorbei vorschlug.

„Herr Dr. Strauß eröffnete mir, dass wahrscheinlich keine Möglichkeit mehr vorhanden ist, meinen Mann vor der Deportierung zu bewahren. Aber er wird noch einmal mit Herrn Bender sprechen. Ich sagte meinem Mann noch nichts davon. Herr Bender sagte einmal zu mir, Sie haben sicher auch einen Arzt, der etwas machen kann, damit ihr Mann krank wird.“<sup>46</sup>

Else Hirsch wandte sich daraufhin an ihren Hausarzt Dr. Oskar Thorspecken und an ihren unmittelbaren Hausnachbarn in der Happelstraße 13, Professor Walter Schönfeld, seit 1935 Dermatologe an der Universität. Zuvor hatte Frau Hirsch berichtet, dass sie Wilhelm Bender seit 1938 recht gut kennen gelernt hatte bei einigen ihrer Interventionen zugunsten gefährdeter jüdischer Mitbewohner ihres Hauses. Bender habe sie immer wieder beruhigt, dass er immer einen Ausweg finden werde. Eine eidesstattliche Erklärung vom 21. Juli 1948 von Walter Schönfeld<sup>47</sup> beschreibt die damaligen Abläufe:

„Bescheinigung. Ich bescheinige hiermit Herrn Dr. Paul Hirsch auf seinen Wunsch, dass ich Mitte Februar 1945 in Abstimmung mit Herrn Dr. Thorspecken Herrn Dr. Paul Hirsch, der mein Hausnachbar ist, Einspritzungen mit dem fiebererzeugenden Mittel Pyrifur gemacht habe, damit er nicht transportfähig wäre und dass meine Frau am 14. Februar 1945 einen telefonischen Anruf der Gestapo morgens um 11 Uhr abgenommen hat, dass Herr Dr. Paul Hirsch nicht abtransportiert würde und bin bereit das unter Eid auszusagen. Prof. Schönfeld.“

Konnte auf diese Weise Paul Hirsch vor der Deportation bewahrt werden, so fand zur gleichen Zeit eine Reihe von Mitgliedern seiner Familie keine Möglichkeit, dem Endlösungsterror zu entgehen. Aus Theresienstadt erreichte das Ehepaar Hirsch zwar noch eine am 6. Oktober 1944 geschriebene Postkarte<sup>48</sup> von Paul Hirschs Schwester Elisa-

beth und deren Tochter Martha mit der üblichen begrenzten Wörterzahl, die noch eine gewisse Zuversicht ausdrücken wollte:

„Lange ohne Nachricht, Euch und allen Freunden Dank für liebes Gedenken. Sind wohl auf. Laßt wieder von Euch hören. Herzliche Grüße von Martha und Eurer Elisabeth Geissmar.“

Elisabeth hatte den Heidelberger Landgerichtsrat Jakob Geissmar, geheiratet (Graimbergweg 1) und war mit ihm nach dessen Pensionierung Ende 1933 nach München gezogen; von dort war das Ehepaar nach Theresienstadt deportiert worden (Transport II/10 am 26.6.1942), wo Jakob Geissmar am 1. März 1944 gestorben ist. Elisabeth und Martha wurden mit einem der Herbsttransporte (Transport Et am 23.10.1944 bzw. Transport Eg am 12.10.1944) noch im Jahr 1944 nach Auschwitz verschleppt und dort umgebracht. Die Postkarte war das letzte Lebenszeichen.

Ab 1946 konnte Paul Hirsch auf Vermittlung der Professoren Walter Schönfeld und Fritz Ernst<sup>49</sup> einen Lehrauftrag für mittelalterliche Quellenkunde am Historischen Seminar der Universität wahrnehmen. Entlastungszeugnisse, „Persilscheine“ genannt, mit seiner Unterschrift waren nun bei den Spruchkammerverfahren sehr gefragt, zum Beispiel vom ehemaligen Oberbürgermeister Neinhaus<sup>50</sup> und vom früheren Universitätsrektor Willy Andreas. Paul Hirsch starb im Jahre 1966.

## 8. Dolf Sternberger und der Fall Wilhelm Bender

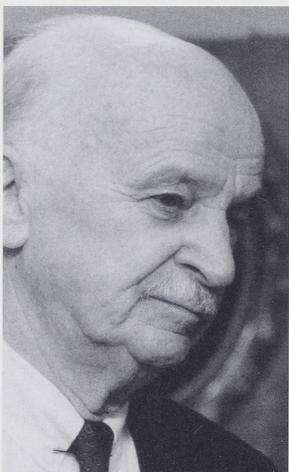


Abb. 11: Dolf Sternberger 1907–1989 (Foto UAH).

In der Reihe der Spruchkammerverfahren gegen die Heidelberger Gestapobeamten hatte sich im Mai 1948 auch der Deportationszugsbegleiter Emil Zwiener zu verantworten. Er wurde in die Gruppe der „Hauptschuldigen“ eingereiht. Der Leiter der Gestapo-Nebenstelle Heidelberg, Jakob Scheuermann, im Mai 1948 in die Gruppe der „Minderbelasteten“. Sein Stellvertreter und zugleich Leiter des lokalen Judenreferates, Wilhelm Bender, wurde in einem Verfahren vom November 1947, in dem die Aussagen von Else Hirsch und Arthur Strauß eine ausschlaggebende Rolle spielten, ebenfalls als „Minderbelasteter“ eingruppiert.

Ein Zeitungsartikel unter der Überschrift „Der Fall Wilhelm Bender“ (RNZ vom 2.12.1947) berichtete ausführlich über die Verhandlung, die entlastenden Aussagen und den „milden Spruch“. Ebendieser Zeitungsbericht nahm Dolf Sternberger (damals in Heidelberg Herausgeber der Zeitschrift „Die Wandlung“) zum Anlass für eine energische Reaktion. Er wandte sich brieflich an den Öffentlichen Kläger der Ludwigsburger Lagerspruchkammer, wo das Verfahren stattgefunden hatte. Dieser hatte Bender als „Hauptschuldigen“ angeklagt, so dass Sternberger vermutete, dieser werde nun Berufung einlegen. Sternberger fand Ablauf und Ergebnis des Verfahrens im höchsten Maße alarmierend. Ihm schien es, als habe die Nahperspektive auf die lokalen Vorgänge, der persönliche Bezug und die lokale Kooperation die Maßstäbe des Rechts verzerrt oder über die Maßen relativiert. Man habe die Orientierung an den Urteilen des Nürnberger Prozesses vorschnell

aufgegebenen, wonach die Gestapo als „verbrecherische Organisation“ gelten sollte, und man hätte entgegen dem herkömmlichen Rechtspositivismus und entsprechend den Forderungen seines Freundes Gustav Radbruch auch „amtliches Unrecht“ und „behördliche Verbrechen“ ahnden und die Schuldigen bestrafen müssen. Er erkannte im „Fall Bender“ ein höchst beunruhigendes Symptom einer Entwicklung, die das angestrebte Projekt der „Wandlung“ zu Rechtsstaat und Demokratie gefährden könnte.<sup>51</sup> In Sternbergers Brief zu diesem Entnazifizierungsverfahren vor der Spruchkammer im Internierungslager Ludwigsburg heißt es:

„Einige der Entlastungszeugnisse, die bei dem Verfahren gegen Bender vorgebracht wurden, stammen von solchen Heidelberger Bürgern, die, obwohl automatisch verfolgt, doch persönlich ihre Existenz – mit Duldung und Hilfe Benders – haben retten können. Diesen zwei oder drei überlebenden und anwesenden Zeugen stehen zweifellos hunderte von solchen gegenüber, die verjagt und deportiert wurden oder umgekommen sind. Diese vermögen freilich in Ludwigsburg nicht aufzutreten. Aber ist es nicht die Sache des Anklägers und des Gerichtes, ja von uns allen, ihre Stimme zu vertreten und hörbar zu machen?

Ein Mann, der elf Jahre lang aktiv der Gestapo an führender Stelle gedient hat, hat – welches auch immer sein Ressort und wie auch immer seine persönliche Empfindung gewesen sein mag – zum allerwenigsten die kollektive Verhaftung der männlichen Heidelberger Bevölkerung vom 9. November 1938, desgleichen den Synagogenbrand und die ebenso kollektive badische Deportation nach dem Lager Gurs vom 22. Oktober 1940 mit zu verantworten. Leider bin ich persönlich nicht im Besitz von Unterlagen über die Zahl der Opfer dieser beiden kriminellen Akte. Jedoch wird die Anklagebehörde gewiss im Stande sein, sich hierüber entweder aus Akten oder durch Befragung der wenigen Zurückgekehrten zuverlässig zu informieren. Einem Mann aber, der dieses amtliche Unrecht, diese behördlichen Verbrechen mit begangen hat, kann man nicht, wie ein Zeuge getan hat, absolute Loyalität gegenüber der jüdischen Bevölkerung attestieren, sondern allenfalls eine relative Loyalität gegenüber einzelnen jüdischen Bürgern.

Die Verzerrung der geschichtlichen Tatsachen und ihrer juristischen Beurteilung, die das Ludwigsburger Urteil besiegelt hat, erfüllt mich mit der allergrößten Besorgnis. Hier sind relative, sogar äußerst relative Maßstäbe an die Stelle der absoluten Maßstäbe des Rechts gesetzt worden. Das ist eine akute Gefahr für das Recht ebenso wie für das politische Gemeinwesen. Begreifen Sie es bitte aus dieser Besorgnis, dass ich Ihnen geschrieben habe.

In Erwartung Ihrer freundlichen Nachricht zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung (Dolf Sternberger)<sup>52</sup>“

Sternberger merkte noch an, dass er Wilhelm Bender nicht kannte, noch persönlich mit ihm irgendwelche Erfahrungen gemacht habe. Zugleich setzte er den Stuttgarter Minister für politische Befreiung Gottlob Kramm von seinem Schreiben an den Öffentlichen Kläger in Kenntnis. Bender wurde in einer Berufungsverhandlung (am 22. Mai 1948) tatsächlich höher gruppiert und den „Belasteten“ zugeordnet. Zu dieser Verhandlung war auch der neue Vorsteher der Heidelberger jüdischen Gemeinde Adolf Loebel als Sachverständiger hinzugezogen worden, der Sternbergers Argumentation stützte. Höherstufung war damals eine Ausnahme, denn in der Regel wurde in der Berufung der Spruch eher gemildert als verschärft.<sup>53</sup>

## 9. Katharina von Künßberg: „Untertauchen“

Frau von Künßberg (1883–1978), Witwe des Rechtshistorikers Eberhard von Künßberg (verstorben am 3. Mai 1941), schildert in ihren Lebenserinnerungen<sup>54</sup>, wie sie in den Jahren 1942 bis 1945 insgesamt drei Deportationsbefehlen entgehen konnte.

Im April des Jahres 1942 war sie für einen Transport nach dem Osten vorgesehen – zusammen mit Violetta von Waldberg, der Witwe des Germanisten Max von Wald-

berg. (Diese nahm sich am 10. April 1942 das Leben). Im August desselben Jahres war Katharina von Künßberg dem bereits erwähnten Transport nach Theresienstadt zugeordnet – zusammen mit Leontine Goldschmidt. Im Januar 1945 gelang es ihr dann „unterzutauchen“ und sich so der Festnahme und der Deportation zu entziehen.

Die erste Deportationsorder hielt sie zunächst für ein Missverständnis, weil sie in „privilegierter Mischehe“ gelebt habe. Von der Gestapo erhielt sie die Auskunft: sie sei nicht mehr geschützt, da ihr Mann verstorben sei und ihre fünf Kinder ausgewandert seien. Frühere Juristen-Kollegen ihres Mannes (die Professoren Ulmer, Engisch und von



Abb. 12: Katharina von Künßberg  
1884–1978 (Foto: Dietlinde Raisig,  
geb. von Künßberg, USA).

Kienle) unterstützten und berieten sie und überlegten, „wie hoch hinauf in der Partei ich eventuell Fürsprecher haben könnte“. Gleichzeitig versprach Ulmer: „Jetzt wird die ganze Universität mobil gemacht“.<sup>55</sup> Es scheint, dass man in diesem Kreis erstmals in Heidelberg auf den ehemaligen Studentenführer Gustav Adolf Scheel kam, der mittlerweile zum Gauleiter in Salzburg aufgestiegen war. Katharinas Schwager, Konrad von Künßberg, lebte in Salzburg und hatte Scheel kennen gelernt, so dass er ihn erfolgreich zu einer Intervention bei der Gestapo in Karlsruhe bewegen konnte: „Scheel got on the phone immediately and again some days later, and that helped.“ Scheel stattete in gewissem Sinne Dank ab; denn Scheel erinnerte sich sehr wohl, dass Professor von Künßberg „had taken his part at the Heidelberg University Court, ... so that he was able to finish his studies during the early Nazi days“.

Tatsächlich war Scheel im Sommer 1932 wegen seiner Aktionen gegen Professor Gumbel in ein Disziplinarverfahren verwickelt, das ihm einen Verweis einbrachte wegen „Störung der Sitte und Ordnung des akademischen Lebens“ und wegen „Verletzung der den akademischen Behörden und Lehrern schuldigen Achtung“; einem Gesinnungsfreund Scheels war sogar Ausschließung von der Universität angedroht worden. Nach der Machtergreifung war der Universität auf der Grundlage einer Amnestieverordnung des Reichspräsidenten vom Kultusminister nahe gelegt worden, Disziplinarstrafen für Aktivitäten aufzuheben, die „im Kampf für die nationale Erhebung des deutschen Volkes“ verübt worden seien. An dem Aufhebungsbeschluss hatte als neuer Beisitzer auch Professor von Künßberg mitgewirkt.

In Heidelberg wartete damals Frau von Künßberg, zum Selbstmord entschlossen, auf das Ergebnis der Intervention:

„Nach bangen zehn Tagen – Fr. Clauss, die gute, hatte mir das nötige Medikament gegeben und Pfarrer Maas einen letzten Segen – kam doch die Erlösung.“



Abb. 13: Gustav Adolf Scheel (Foto STAHD).



Abb. 14: Marie Clauss (Foto GLA Karlsruhe).

Wie ihr diese existentielle Unsicherheit psychisch und physisch zu schaffen machte, deutet sich in der folgenden Notiz an:

„After that I had had another deportation order and Scheel had again saved me from certain death, but never really felt safe again. The uncertainty of whether I had to live or die had again lasted for six days with good and bad news: it seemed to be a very long time of great excitement. Only those who have been in similar situation will know what it is like to return to live again. There is a vacuum – you can only get out again with difficulty. And for years I was unable to pick up mail from my table where the deportation order had been lying without a queer feeling around my heart. Besides, my intestines had started to bleed (colitis), and nothing could be done to cure it then until quite a time after the war.“

Solange ihr Mann lebte, kam für sie eine Auswanderung nicht in Frage, und als er gestorben war, bekam Frau von Künßberg trotz permanenter Einladung in die Schweiz

kein deutsches Ausreisevisum: „So I had to go hiding.“ Unmittelbarer Anlass zu diesem Entschluss zum Untertauchen war die dritte Gestapo-Vorladung im Zusammenhang der Februar-Deportation:

„In January 1945 to my horror there was suddenly a letter from the Gestapo on my table, summoning me for a medical examination to the Gesundheitsamt to see whether I was able to work or not, aged 62. I went to see my friend Professor Sickert, and he gave me a document saying that I had been treated in his hospital for colitis, and had been dismissed uncured. With this document I was not examined at all, but was sent home again.... Then the healthy ones had an order for transportation for the 13 th.. Professor Freudenberg who had found it out came immediately to warn me. The local Gestapo men did not know the details. They only knew they had to organise a railway transport...Half an hour later I was hidden in the big Freudenberg house. In the darkness of the night Marieken (ihre damalige Haushaltshilfe) brought me my rucksack, which was always kept packed with some linen and some food. I slipped out of the house in the darkness and went to Rappenu, where Marieken's sister was living and where nobody expected me to stay. I did not want to bring my Heidelberg friends and Marieken into real danger. She was instructed to say there had been a telephone call and a car had taken me away, she did not know who and where...“.

Noch einmal kehrte sie kurz nach Heidelberg zurück. Obwohl noch kein Deportationsbefehl vorlag, setzte sie ihre Flucht fort, teils mit der Bahn, teils zu Fuß, wurde bei einer Schwägerin Therese, der Frau ihres Bruders Utz in Dornholzhausen bei Bad Homburg aufgenommen. Von diesem kleinen Ort aus sahen Katharina und ihre Schwägerin die Bombardierung Homburgs und der Eisenbahnlinie, „that cut us off from the rest of the world – luckily for me, I could not be found any more.“ Kurz vor Kriegsende wagte sie es, nach Heidelberg in das eigene Haus Blumenthalstraße 27 bzw. in das benachbarte Haus der eng befreundeten Familie des Chemikers Karl Freudenberg Wilckensstraße 39 zurückzukehren – zur großen Besorgnis ihrer Freunde (im Kreis um Frau Erna Fraenkel und um das Ehepaar Heuss), die wussten, dass die Gestapo immer noch aktiv war. Trotzdem hörte man, gemeinsam oder allein, fremde Sender, um sich über das Kriegsgeschehen zu informieren. Für Frau von Künßberg war es geradezu überlebenswichtig:

„I had a featherbed all over myself and the box. I needed to hear Churchill's voice: I am quite sure that without his reassuring words I would not have had the strength to wait so long and alone. I would have jumped into the Neckar in despair before the end – I stood there in temptation many a time.“

Nach den Jahren der Verfolgung knüpfte Frau von Künßberg in der Nachkriegszeit mit großer Energie an ihr frauenpolitisches Engagement in der Zeit vor der Diktatur an. Schon in jungen Jahren beim Abitur (in Breslau 1902) und dann beim Zoologie-Studium mit Promotion (in Berlin 1908) hatte sie sich als Pionierin gefühlt. Im Heidelberg der Nachkriegszeit wurde sie schnell zu einer der führenden Persönlichkeiten der Frauenbewegung. Zusammen mit Frau Falkenberg rief sie den „Frauenring“ wieder ins Leben, der überparteilich politisch informieren und dafür sorgen sollte, dass mehr Frauen in den wiederzuwählenden Stadtrat kämen, der aber auch – oft von Amerikanerinnen gespendete – Kleidungsstücke aufarbeitete. Es wurde ein Sommerlager der Army im Odenwald für unterernährte Stadtkinder organisiert. Aus der guten Zusammenarbeit mit den Amerikanerinnen in Heidelberg entwickelte sich ein „Deutsch-amerikanischer Frauenclub“, dessen erste Präsidentin Frau von Künßberg wurde. Im Jahre 1949 wurde der „Deutsche Akademikerinnenbund“ in Berlin wieder konstituiert. Mit einer Untergruppe des Frauenrings, zu der Frau Curtius, Frau Massias und Frau von

Campenhausen gehörten, schloss sich Frau von Künßberg dem Berliner Bund an. Sie fühlte sich als „Kämpferin gegen die Benachteiligung aller arbeitenden Frauen und gegen die Vorurteile betr. Leistung und Leistungsfähigkeit der Frau“<sup>56</sup>. Zwei Hauptziele ihres Lebens, die Bewahrung der Erinnerung an die Verfolgungszeit und ihr frauenpolitisches Engagement, verband sie in großzügiger Weise, indem sie aus den Mitteln der Wiedergutmachung für ihr verlorenes Vermögen eine Stiftung einrichtete, die jeweils einer Habilitandin zu Gute kommen sollte.

## 10. Hans Flor: Überleben im Ghetto und Befreiung

Waren die meisten der bisher beschriebenen Beispiele Akademiker / innen und promoviert, so stammte Hans Flor<sup>57</sup> aus einer Arbeiterfamilie und hatte so gut wie keine Ausbildung genossen. Hans Flor, damals achtzehn Jahre alt, hatte man nur zwei reguläre Grundschuljahre gestattet. Danach musste er in der Landhausschule in der Weststadt die „Judenklasse“ besuchen, die der Lehrer Hermann Durlacher bis zu seiner eigenen Verschleppung nach Gurs im Oktober 1940 leitete. Ein Gesuch des nichtjüdischen Vaters, Hans von nun an in die Volksschule zu übernehmen, wurde abgelehnt: der „Mischling“ Hans gelte als Jude und könne zum Besuch einer „deutschen Volksschule“ nicht zugelassen werden. Auch die Taufe, die Pfarrer Maas in der Peterskirche vorgenommen hatte, änderte daran in den Augen der Rassisten im Stadtschulamt und bei der Gestapo nichts. Weil auch eine formelle Lehre für einen „Geltungsjuden“ nicht mehr möglich war, arbeitete Hans Flor als Hilfsarbeiter bei den Firmen Chrobok (bei der auch sein Vater als Eisendreher gearbeitet hatte) und dann bei der Firma Autz und Hermann.

Mehrmals schon war die Familie ins Visier der Gestapo geraten wegen „Abhörens von Feindsendern“, wegen „Verdeckttragens des Judensterns“ und wegen verbotenen Umgangs mit „Deutschblütigen“, was Vater und Mutter eine Hausdurchsuchung und einige Wochen Haft einbrachten. Auch von Deportationen war die Familie schon betroffen. Alfred, der ältere Bruder von Hans Flor, war nach dem Novemberpogrom 1938 in das KZ Dachau verschleppt worden. Er wurde erst nach der Zusage, nach Palästina zu emigrieren, frei gelassen.<sup>58</sup> Bei der großen Deportation im Oktober 1940 wurden die Brüder der Mutter (Albert und Ludwig Kaufmann) sowie deren Mutter Lina Kaufmann (geborene Hess) nach Gurs verschleppt. Lina Kaufmann kehrte als Einzige 1946 nach Heidelberg zurück, während Albert und Ludwig im Jahr 1942 über Paris-Drancy nach Auschwitz gebracht und dort ermordet wurden.

Obwohl auch die Familie Flor dem Begriff „Arbeitseinsatz“ misstraute, sah sie Anfang Februar 1945 keine andere Möglichkeit, als dem Deportationsbefehl Folge zu leisten. Im selben Abteil des Deportationszuges mit Hans und seiner Mutter Else saßen noch seine Tante Rosa Heindlmeier geb. Kaufmann aus dem Pfaffengrund und ihre elfjährige Tochter Edith und die befreundete Familie Erle mit Mutter Therese und ihren Kindern Willy und Liselotte.

Als das Schlimmste während seiner Internierungszeit in Theresienstadt schildert Hans Flor den stetigen Hunger und den grauenvollen Zustand der sanitären Einrichtungen. Aber Theresienstadt war kein Arbeitslager, es gab – entgegen der Ankündigung im Deportationsbefehl – kaum kriegswichtige Produktion. Die Arbeitskraft der Inhaftierten wurde vor allem für den inneren Betrieb des Lagers eingesetzt. Unter diesen Umständen war es für Hans und seine Überlebenschancen günstig, dass er Eisen-

dreher als Beruf angegeben hatte. Er wurde einer mechanischen Werkstatt zugeteilt, wo vier Männer unter der Leitung eines tschechischen Ingenieurs die verschiedensten Aufträge im Lager erledigten – in der Regel nicht der Kälte ausgesetzt und nicht unter freiem Himmel arbeitend.



Abb. 15: Am Tisch von links: Rosa Heindlmeier, Elsa Flor, Michael Flor, Hans Flor und Otto Heindlmeier – wahrscheinlich 1932 (Foto privat).

Das für Hans Entscheidende war jedoch, dass er es immer wieder verstand, sich über den Krieg und den Frontverlauf zu informieren. Die mechanische Werkstatt verfügte über ein im Boden verstecktes selbstgebasteltes Radio. Insbesondere das Vorrücken der Roten Armee gab ihm psychologischen Rückhalt: Das Ende der Inhaftierung war absehbar. Tatsächlich fanden die Osttransporte, die die Bewohner des Ghettos jahrelang in Angst und Schrecken versetzt hatten, seit Herbst 1944 nicht mehr statt. Dass Hans immunisiert war gegenüber der antisowjetischen Greuelpropaganda der Nazis, mag damit zusammenhängen, dass sein Vater überzeugter Kommunist war. So war die Familie Flor von Beginn an, auch in der Zeit der militärischen Erfolge, über den Krieg entsetzt. Für Hans stand fest: „Die Siege der Nazis sind Niederlagen für uns, Niederlagen der Nazis sind Siege für uns.“ und „wenn die Nazis gewinnen, werde ich keine Chance haben“.

Ende Januar 1945 wurde das KZ Auschwitz geräumt, und die Häftlinge auf einen Todesmarsch nach Westen geschickt oder evakuiert. Die Mitgefangene Greta Stengel beschreibt in ihrem Tagebuch, welches Entsetzen die Ankunft eines Transportes von

Auschwitz-Häftlingen am Bahnhof Theresienstadt auslöste. Zugleich wurde in einer der ehemaligen Kasernen Platz geschaffen für die Ankommenden:

„Am 22.4. aus Dresdener Kaserne ausgesiedelt, schwere Arbeit, den ganzen Tag mit Gepäck in einem Raum, ohne zu wissen, wo die Nacht verbracht wird. Dabei Blick auf die Ausladung eines Transportes mit Verwilderten, Ausgehungerten und Toten. Ist soviel Grausamkeit möglich unter Menschen? Aufs tiefste erschüttert ... Abends Bahnhofstraße 5 untergeschlupft, wo es viel primitiver als im vorigen Quartier ist; aber wir wollen's tragen. Gebe Gott, dass es nicht mehr für lange ist und dass ich mich wieder kräftige!“

Auf diese Weise konnten die Theresienstädter Häftlinge die schockierende Wahrheit über das Schicksal der Zehntausenden Männer, Frauen und Kinder erfahren, die zuvor aus dem Sammellager Theresienstadt nach dem Osten in die Vernichtungslager deportiert worden waren. Das Ende des Lagers Theresienstadt stand im Zeichen dieser Konfrontation mit dem wahren Gesicht der „Endlösung der Judenfrage“.

Am 3. Mai 1945 zog sich die SS zurück, das Internationale Rote Kreuz übernahm das Lager. Erst fünf Tage später betraten sowjetische Soldaten Theresienstadt. Sie ließen eine Kaserne der ehemaligen Garnisonsstadt für die zurückkehrenden Auschwitz-Häftlinge räumen; Hans Flor half Mehlsäcke abladen von sowjetischen Lastwagen. Als Flecktyphus ausbrach, wurde Quarantäne verhängt. Niemand organisierte die Rückkehr der Lagerinsassen, so dass die Heidelberger Gruppe schließlich in eigener Initiative aufbrach und in kleineren Gruppierungen auf ganz unterschiedlichen Verkehrsmitteln über Dresden, Riesa und Chemnitz vierzehn Tage später – zum Schluss auf einem Kohlenzug – wieder nach Heidelberg zurückkehrte. Die Mutter Else Flor, tief traumatisiert durch ihre Lagererlebnisse, und ihr Sohn Hans sahen den erkrankten Vater in einer Heidelberger Klinik wieder. Bruder Alfred lebt bis heute in Israel.

Hans wollte keineswegs in der Opferrolle verharren und hat in Heidelberg einen Neuanfang gewagt. Er fand Arbeit zunächst bei den Heidelberger Druckmaschinen und bereitete sich selbständig auf die Gesellenprüfung vor, die er im September 1946 mit „gut“ bestand. Dann bewarb er sich für das Ingenieurstudium am Badischen Staatstechnikum in Karlsruhe. Als das Vorsemester vor allem mit Kriegsteilnehmern voll belegt war, beharrte er energisch darauf, dass auch er berücksichtigt werden müsse. Er durfte sich schließlich nach einer bestandenen Aufnahmeprüfung für das erste Semester einschreiben. Nach Abschluss des Studiums kehrte er als Ingenieur zu den Druckmaschinen zurück und wechselte später zu International Harvester, wo er sein Berufsleben in leitender Tätigkeit abschloss.

## **11. Militärische Katastrophe und Befreiung – erzwungene Kooperation und Widerstand – zwei Hypothesen – Begrüßung in Heidelberg**

Die militärische Lage im Jahre 1945 war katastrophal. Die letzten Deportationen standen im Zeichen der – für jeden absehbaren – Niederlage und des totalen Zusammenbruchs des NS-Regimes.

Schon vor Weihnachten 1944, so erinnerte sich Frau von Künßberg, konnte man von Heidelberg aus in der Entfernung das Geschützfeuer der Alliierten hören. Sie war damals besorgt, dass es – wegen der deutschen Gegenoffensive – nicht näher kam und fragte sich: „had they forsaken us?“ Stattdessen flogen, wie sie schreibt, von Monat zu Monat stärkere Bomberflotten ein. Sie schildert, wie ihr die Stimme Churchills im Radio

– „I had a featherbed all over myself and the box“ – geradezu überlebenswichtig war.

Noch gefährvoller war es, wie sich Hans Flor innerhalb des Lagers Theresienstadt in seiner mechanischen Werkstatt durch das versteckte Radio über den Verlauf der Ostfront informierte. In Dresden war die Kriegssituation und die Judenverfolgung am dramatischsten verknüpft: die vernichtenden Bombardements fanden am selben Tag (13./14. Februar) statt, an dem Victor Klemperer die Theresienstadt-Deportationsbefehle an die Betroffenen austragen musste. Die oft sehr verstörten Menschen versuchte er zu trösten und vom Selbstmord abzuhalten mit der Versicherung, die Russen stünden schon bei Görlitz. Die Botschaft, die er zu übergeben hatte, war ganz ähnlich der, die die Gestapo damals in Heidelberg verschickte:

„Das auszutragende Rundschreiben besagte, man habe sich am Freitag früh im Arbeitsanzug mit Handgepäck, das eine längere Strecke zu tragen sei, und mit Proviant für zwei bis drei Reisetage in der Zeughausstraße 3 einzufinden. Vermögens-, Möbel- etc. Beschlagnahme findet diesmal nicht statt, das ganze ist ausdrücklich nur auswärtiger Arbeitseinsatz – wird aber durchweg als Marsch in den Tod aufgefasst.“<sup>59</sup>

Trotz des Näherrückens der Fronten in Ost und West wurde das letzte Deportationsprojekt in Angriff genommen, nolens volens in reduziertem Umfang. Wir wissen heute, dass die Aktion Mitte Februar in sehr vielen Städten des Reiches (Sammelpunkte waren Berlin, Düsseldorf, Dortmund, Dresden, Leipzig, München, Mannheim, Frankfurt am Main, Stuttgart, Münster, Hamburg, Hannover, Königsberg, Köln), aber nicht mehr in allen Gestapo-Bereichen durchgeführt wurde; auch wurden nicht mehr alle Juden in diesen Städten erfasst.<sup>60</sup> Weil im Unterschied zur Deportation im Oktober 1940 keine Beschlagnahmungen mehr stattfanden und „nur“ das Arbeitsverhältnis gekündigt werden musste, versuchte man, allerdings mit wenig Erfolg, die Aktion als „Wohnsitzverlegung“ und eben als „Arbeitseinsatz“ herunterzuspielen und zu verharmlosen.

Die Verfolgten erwarteten ihre Befreiung nur von den Alliierten und viele riskierten die Todesstrafe für das Abhören von „Feindsendern“ und für verlässliche Informationen über den Frontverlauf. Die Verfolger rechneten bei den Deportationen mit „Unruhe“ in Teilen der Bevölkerung, die den Verfolgten nahe standen. Die Beispiele aus Heidelberg zeigen, dass es tatsächlich nur „Interventionen“ gab: Hilfsersuchen von Einzelnen für Einzelne, um eine Ausnahme zu erwirken – solche Interventionen scheinen allerdings häufiger gewesen zu sein, als man denkt, und wurden möglichst „hoch hinauf in der Partei“ versucht bis zur Gauleiterebene.<sup>61</sup> Auch Anfang der 1940er Jahre konnte man das Prestige der Universität im NS-Regime unter günstigen Umständen noch wirksam einsetzen. Insofern gehörten Juden im Umkreis der Universität – so der Eindruck, den Marie Baum damals gewann – zu „einer verhältnismäßig begünstigten Schicht“: Das Schicksal der außerhalb der Universität stehenden Betroffenen sei noch weit härter gewesen.<sup>62</sup> Bewusster Widerstand oder öffentlicher Protest wie in der Berliner Rosenstraße im Jahr 1943 blieb die absolute Ausnahme – charakteristischerweise reagierte Goebbels bereits auf diesen Straßenprotest.<sup>63</sup> Das Regime blieb mittels der Gestapo Herr der Lage bis zum letzten Tag: nur auf unterster, auf lokaler Ebene gab es Versuche auf die Deportationsliste Einfluss zu nehmen. Dass die politische Rolle der Gestapo nicht nach den Zugeständnissen in den letzten Tagen bewertet werden darf, stellte Dolf Sternberger mit seiner Stellungnahme zum „Fall Bender“ klar.<sup>64</sup>

In Heidelberg arbeitete, wie gezeigt werden konnte, Rechtsanwalt Arthur Strauß als Vertrauensmann der verbliebenen bedrohten Juden eng mit Pfarrer Maas und

seinen Mitarbeiterinnen zusammen und war wie diese bemüht, die Deportationsliste zu verkürzen. Ein Vorstoß zugunsten eines Mannes und zugunsten von fünf Frauen ist belegt<sup>65</sup>. Auf wen die Erfolge, die tatsächliche Verkürzung der Transportliste, von denen Marie Baum<sup>66</sup> berichtet, zurückgehen, lässt sich im einzelnen – außer im Fall Paul Hirsch – nicht mehr ermitteln. Pfarrer Maas, der zu erstaunlich vielen jüdischen Bürgern und ihren Familien in Heidelberg enge Beziehungen pflegte und auch eige-



Abb. 16: Rechtsanwalt Arthur Strauß 1880–1955 (Foto UAH).



Abb. 17: Gustav Radbruch 1878–1949 (Foto UAH).

ne Erfahrungen mit den Heidelberger Gestapo-Beamten hatte, band Strauß intensiv in seine Hilfsstellen-Arbeit ein und bewahrte ihn davor, dass aus der erzwungenen Mitwirkung, gerade auch bei der Verschleppungsaktion, eine Kollaboration mit der Gestapo hätte werden können.

In einem kurzen Bericht schilderte Gustav Radbruch am Beispiel seines Freundes Ernst Kantorowicz, eines Juristen und Professors für Staatsbürgerkunde<sup>67</sup>, der Januar 1944 nicht von Heidelberg, sondern vom holländischen Exil aus nach Theresienstadt deportiert worden war, einen opfermutigen Versuch, Widerstand zu leisten:

„Dort blieb er auch unter den schwersten Umständen bemüht, seinen Leidensgefährten zu helfen. Er rief eine Freizeitgestaltung ins Leben, hielt Vorträge über soziale Probleme, suchte auf allerlei Weise den Lebensmut im Lager aufrecht zu erhalten. Im Herbst 1944 wurde ihm angesonnen, an der Auswahl der für die Gaskammer bestimmten Juden teilzunehmen. Er lehnte dies schroff ab, wurde selbst sofort in den Transport nach Auschwitz einbezogen und starb dort im Oktober 1944 einen grauenhaften Tod.“

Nach der großen pfälzisch-badischen Deportation im Oktober 1940 hatte bereits die RVJD deutlichen, aber vergeblichen Widerstand geleistet: die Reichsvereinigung protestierte bei Eichmann gegen die Verschleppung und forderte sie rückgängig zu machen; sie ordnete für alle Mitarbeiter einen Fast- und Gedenktag an sowie besondere Gottesdienste für den kommenden Sabbat und informierte heimlich die ausländische Presse. Das RSHA leitete sofort eine Untersuchung ein, und ein Vorstandsmitglied musste das Geschehene mit dem Leben bezahlen. Der Geschäftsführer wurde kurze Zeit später verhaftet und kam im KZ Mauthausen um.<sup>68</sup>

Fragt man zum Schluss, warum ein Regime kurz vor dem Zusammenbruch seine Deportationspolitik gegen eine bisher verschonte Gruppe deutscher Juden nochmals radikalisierte, stößt man in der Literatur auf keine schlüssige, quellengestützte Antwort. Jedoch lassen sich Überlegungen verschiedener Autoren zu zwei Hypothesen zusammenfassen. Ausgangspunkt ist das Faktum, dass nach den „Herbsttransporten“ des Jahres 1944 aus Theresienstadt die Zahl der Häftlinge dort auf 11000 gesunken war. Diese Zahl erhöhte sich Januar / Februar 1945 nach und nach um die jüdischen Teile der sogenannten Mischehen bis auf 17000.<sup>69</sup>

Dieses „Wiederauffüllen“ des Lagers Theresienstadt lässt sich so deuten, dass der Apparat des RSHA, der von Hitler in der Euphorie der militärischen Anfangserfolge auf die „Endlösung“ programmiert worden war, in der Zeit der Niederlagen mit dem Sammel- und Durchgangslager Theresienstadt bis zum Regimekollaps noch weiterarbeitete, auch als der geplante Weitertransport in die Vernichtungslager im Osten nicht mehr möglich war. Gleichsam die Fortsetzung des schon in der Wannsee-Konferenz skizzierten Plans einer etappenweisen Verschleppung der europäischen Juden von West nach Ost, also Fortsetzung der Endlösungspolitik, auch wenn der „Endsieg“ längst unerreichbar geworden war<sup>70</sup> – etwa analog zu Goebbels' Tagebuch-Eintrag vom 27.3.1942:

„Die in den Städten des Generalgouvernements frei werdenden Ghettos werden jetzt mit den aus dem Reich abgeschobenen Juden gefüllt, und hier soll sich dann nach einer gewissen Zeit der Prozess erneuern.“<sup>71</sup>

Kenner der Geschichte Theresienstadts<sup>72</sup> weisen demgegenüber darauf hin, dass Heinrich Himmler und die SS-Reichsführung für die Zeit nach Hitler planten und in ihren Überlegungen Theresienstadt als – auch international – vorzeigbares „jüdisches Siedlungsgebiet“ eine zentrale Rolle spielte. (Der Begriff „Ghetto“ wurde seit Mai 1943 vermieden). „Diese Leute sind mein wertvollstes Kapital“, wird Himmler zitiert und er meinte unter den Häftlingen in Theresienstadt wohl nicht zuletzt die hochassimilierten deutschen Juden, mit denen das Lager nach den Herbsttransporten 1944 wieder „aufgefüllt“ wurde. Über die jüdischen Geiseln habe er insgeheim einen Dialog mit den Westmächten erzwingen wollen. Unter dem Deckmantel humanitärer Verhandlungen habe er als Gegenleistung für die Auslieferung von Juden materielle und politische Vorteile gesucht. Eine Stadt, nur von Juden bewohnt und von ihnen selbst verwaltet, sollte als Alibi dienen, um von der Realität der Ausrottung der europäischen Juden abzulenken, aber auch als persönliches Alibi für Himmler selbst, um so seine Haut zu retten oder um mit dessen Hilfe – wie Miroslav Karyn formuliert hat – „einen Bürgerausweis in die Nachkriegswelt“ zu erlangen.

Es ist auch nicht ansatzweise zu diesem Handel gekommen. Heinrich Himmler wurde von den Briten gefangen genommen und er setzte seinem Leben selbst ein Ende. Das Lager Theresienstadt wurde von den Sowjets befreit.

Festzuhalten bleibt in jedem Fall, dass das NS-System seine verbrecherische Zielsetzung selbst im Moment des Zusammenbruchs weiterverfolgte und sogar radikalisierte, indem es gegen die „Mischehen“ vorging. In der Phase der militärischen Erfolge und der Stärke des Regimes hatte man damit noch gezögert, weil man „Unruhe“ in der Bevölkerung befürchtete – das ist ein weiterer Beleg für die Irrationalität der mörderischen NS-Politik.

Die Heidelberger Juden, die erst im Februar deportiert worden waren, haben alle die KZ-Haft überstanden. Als sie in ihre Heimatstadt zurückkehrten, äußerte Pfarrer Maas seine tiefempfundene Freude über die Erlösung der „Gefangenen Zions“. Er warb für Aussöhnung und Vertrauen, ohne vom antisemitischen Hass in der Stadt und von der Scham darüber zu schweigen. Er wolle sie heimholen, sagte er bei diesem Anlass:

„(...) heim in unsere liebe, schöne, unzerstörte Stadt. Ich weiß es wohl; sie war manchmal nimmer lieb und schön – es ging mir genauso –, sondern fremd und grau. Wo Hass oder Verachtung einem auflauern, wird die schönste Welt stumm und ihre Augen sind blind, statt zu leuchten.

Aber seien Sie getrost. Nun ist auch von Zehntausenden daheim der ihnen eingetrichterte Hass wie ein böser Traum gewichen. Und viele schämen sich seiner.

Sie aber, liebe Freunde, sind die Unsrigen und sollen es nun erst recht sein. Ja, gerade darum wollen wir Sie lieb haben, weil Sie dies namenlose Leid tapfer getragen haben.

Kommen Sie bitte nicht mit der Bitterkeit des Herzens, sondern mit stillem Vertrauen zu uns zurück. Möge Sie auch die große Tatsache und Gewissheit etwas trösten, dass Sie Ihr besonderes Teil an dem Riesenopfer dargebracht haben, das die Überwindung dieser teuflische und höllischen Sache und ihrer Träger forderte. Ich weiß es, Ihr Herzblut floss dabei. Sie haben viel geweint, viel erduldet, viel gehungert, gewacht und entbehrt. Nun gilt's für Sie: 'Die mit Tränen säen, werden mit Freuden ernten.'<sup>73</sup>



Abb. 18: Hermann Maas 1877–1970 (Foto STAHD).

## Anmerkungen

- 1 Paul Sauer (Hg.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945, II. Teil, Stuttgart 1966, S. 241, 244.
- 2 Vgl. Mark Roseman: Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte, München 2002, S. 178ff.
- 3 Zit. nach Nathan Stolz: Der Widerstand des Herzens. Der Aufstand der Frauen der Berliner Rosenstraße – 1943, München 2002, S. 326ff..
- 4 Wolf Gruner: Der Geschlossene Arbeitseinsatz der deutschen Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943, Berlin 1997, S. 347.
- 5 Vgl. Gerhard Paul: Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein, Hamburg 1996, S. 328.
- 6 StA Mannheim: Dieses Verzeichnis ist von der Überwachungsabteilung der Devisenstelle Karlsruhe über die Mannheimer Filiale der Dresdner Bank an den Mannheimer Polizeipräsidenten weitergeleitet worden.
- 7 Michael A. Meyer u.a. Hgg: Deutsch-Jüdische Geschichte. 1918–1945. Bd. 4, München 1997, S. 244, 322, 362. – Weder Hitler noch Goebbels hatten eine genaue Vorstellung, um wie viele Personen es sich tatsächlich handelte; Goebbels nennt Hitler die Zahl von 17000 Juden in Mischehen in Berlin und schreibt am 21.3.1943 in sein Tagebuch „Der Führer ist außerordentlich betroffen von der Höhe dieser Zahl, die auch ich nicht so enorm eingeschätzt hätte. Der Führer gibt Frick den Auftrag, die Scheidung solcher Ehen zu erleichtern.“ Zit. nach Wolf Gruner (wie Anm. 4) S. 322.

- 8 Hermann Maas; Gustav Radbruch; Lambert Schneider (Hgg.): Den Unvergessenen. Opfer des Wahns, Heidelberg 1952 S. 100. Zu Marie Baum: Werner Moritz (Hg.): Marie Baum. Ein Leben in sozialer Verantwortung. Katalog bearbeitet von Petra Schaffrodt, Ubstadt-Weiher 2000.
- 9 Karl Jaspers: Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften (Hg. Hans Saner), München 1967, S. 36.
- 10 S.u. S. 86ff.
- 11 Renate Marzolff, Leontine und Victor Goldschmidt. Gründer der von Portheim-Stiftung. Heidelberg 2007, S. 157; Frank Engehausen, Die Josefine und Eduard von Portheim-Stiftung für Wissenschaft und Kunst 1919–1955. Heidelberg 2008, S. 137f.
- 12 Marie Baum: Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950, S. 281f.; vgl. unten S. 87.
- 13 Joachim-Felix Leonhard (Hg.): Karl Jaspers in seiner Heidelberger Zeit, Heidelberg 1983, S. 172; Hans Saner: Erinnern und Vergessen. Essays zur Geschichte des Denkens. Basel 2004, S. 112.
- 14 Karl Jaspers (wie Anm.9) S. 143,147.
- 15 Ebd. S. 153.
- 16 Ebd. S. 158,160.
- 17 Ebd. S. 35f.
- 18 Ebd. S. 35ff.
- 19 Jürgen C.Heß u.a. (Hgg.): Heidelberg 1945. Stuttgart 1996, S. 147.
- 20 In: Karl Saner: Erinnern und Vergessen. Essays zur Geschichte des Denkens, Basel 2004, bes. S. 128ff.
- 21 Saner (ebd. S. 122) nennt als Beispiel das Verhalten des Heidelberger OB Neinhaus. Er berichtet von Jaspers' Gesuch im Jahre 1939, ähnlich wie sein Freund Gustav Radbruch ein Familiengrab auf dem Bergfriedhof zu erwerben, was von Neinhaus unter einem Vorwand abgelehnt wurde. Jaspers vermutete, dass seiner Frau als Jüdin die gemeinsame Grabstätte verweigert werde. Entsprechend scharf urteilte Jaspers über Neinhaus' Opportunismus: Für ihn war Neinhaus „ein typischer Mitläufer und unbedeutender Charakter, aber ein tüchtiger Bürgermeister“. Vgl. Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur. In: Peter Blum (Hg.): Geschichte der Juden in Heidelberg. Heidelberg 1996, S. 479.
- 22 Joachim-Felix Leonhard (Hg.) (wie Anm.13) S. 122f.
- 23 UAHD PA Jaspers Nr. 4369.
- 24 Vgl. Emil Henk: Sozialdemokratischer Widerstand im Raum Mannheim. In: 100 Jahre SPD in Mannheim. Eine Dokumentation. Hg. von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kreis Mannheim, Mannheim 1963, S. 68–73. Richard Henk (Hg.): In memoriam Emil Henk 1893–1969. Erinnerungen seiner Freunde, Heidelberg 1970.
- 25 Vgl. Hans Saner (wie Anm. 20) S. 124ff.
- 26 Vgl. Karl Jaspers (wie Anm.9) S. 36.
- 27 Wolfgang U. Eckart, Volker Sellin, Eike Wolgast: Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S. 345.
- 28 Karl Jaspers (wie Anm.9) S. 36, 161 Tagebuch-Eintrag vom 28. 8. 1942.
- 29 Vgl. Hans Günther Adler: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 395 betr. Postverkehr, S. 468 betr. Heimeinkaufsverträge.
- 30 Vgl. Mark Roseman (wie Anm.2) S. 177f.
- 31 Vgl. Myroslav Karyn: Zur Typologie des Theresienstädter Konzentrationslagers, Judaica Bohemiae 17, 1981, S. 3ff. bes. S. 11f.; Wolfgang Benz (Hg.): Dimension des Völkermords, München 1991, S. 363ff.
- 32 Vgl. Marie Baum, Vergessene und Unvergessene aus der Stadt Heidelberg, (wie Anm.8) S. 100; zu Pfarrer Hermann Maas: er führte in Heidelberg die „Vertrauensstelle des Büros Pfarrer Grüber“ für Baden, eine Liste der „kirchlichen Hilfsstellen für evangelische Nichtarier“ in: Eberhard Röhm, Jörg Thierfelder: Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz, Stuttgart 1983<sup>3</sup>, S. 132; zu Arthur Strauß: Frank Moraw, Die nationalsozialistische Diktatur, (wie Anm.21) S. 541f.; Frank Engehausen: Die Josefine und Eduard von Portheim-Stiftung, Heidelberg 2008, S. 148ff.
- 33 Vgl. Beate Meyer, Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten 1941–1945, in Beate Meyer (Hg.): Die Deportation der Juden aus Deutschland, Göttingen 2004, S. 66f.; zur Gesamtproblematik der befohlenen Kooperation jüdischer Funktionäre vgl. Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Mit einem Essay von Hans Mommsen, München 1986<sup>6</sup>, S. XVII ff. S. 153ff.

- 34 7 Seiten maschinenschriftlich. Ich danke der Familie Dr. Hans-Hermann Stengel (Heidelberg), die mir freundlicherweise die Einsichtnahme gestattete. Von den aus Heidelberg Deportierten hat anscheinend niemand Tagebuch geführt. Vgl. auch Caroline Kuppenheim: Geschichte der Familie Kuppenheim von 1770 bis 1955, Genf 1996. 16 S. Privatdruck).
- 35 Vgl. Miroslav Karny: Herbsttransporte 1944, in Theresienstädter Studien und Dokumente 1995 S. 7ff.; bes. S. 21f.
- 36 S.u. S. 94f.
- 37 Zum Folgenden vgl. Michael Stolle: Die Geheime Staatspolizei in Baden. Personal, Organisation, Wirkung und Nachwirken einer regionalen Verfolgungsbehörde im Dritten Reich, Konstanz 2001, S.278ff.
- 38 GLA J / 76 / 1462.
- 39 Die Namen der Deportierten aus Heidelberg bei Norbert Giovannini HJG 10, 2005 / 6, S. 124f..
- 40 GLA Ztr.Sp.K. 465a / B / SV 1.977: Verhandlung vom 18.11.1947.
- 41 Siehe unten zum „Fall Bender“.
- 42 Hermann Maas (wie Anm.8) S. 100.
- 43 8 Seiten maschinenschriftlich mit Brief an den Verf. vom 30.9.2004.
- 44 Vgl. Artikel des Verf. in RNZ vom 2.11.2003.
- 45 GLA Ztr.Spr.K 465a / B / SV 1.977Aussage vom 12.5.1948.
- 46 GLA Ztr.Spr.K. 465 a / B / SV 1.977.
- 47 Nachlass Paul Hirsch: freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Frau Inge Goodwin (Hepenheim)
- 48 ebd.
- 49 Vgl. Frank Engehausen, Die Josefine und Eduard von Portheim-Stiftung S. 151ff.; S. 161f.
- 50 Vgl. Frank Moraw (wie Anm. 32) S. 549.
- 51 Vgl. z.B. Aufsatz von Gustav Radbruch: Die Erneuerung des Rechts, in „Die Wandlung“, eine Monatsschrift. Herausgegeben von Dolf Sternberger. Heidelberg 2. Jg. 1947 H.1 S. 8f., „Auch das Recht hat der Nationalsozialismus uns als ein Trümmerfeld hinterlassen. Den Juristen ist die schwere Aufgabe gestellt, die Stätte der Zerstörung aufzuräumen und auf ihr den Neubau des Rechts zu errichten.“ Die Rechtswissenschaft müsse sich darauf besinnen, dass es „ein höheres Recht gebe als das Gesetz, ein Naturrecht, ein Vernunftrecht, kurz ein übergesetzliches Recht, an dem gemessen Unrecht Unrecht bleibt, auch wenn es in Form eines Gesetzes gegossen ist.“ Entsprechend bekannte sich Radbruch ausdrücklich zu den „zu den rechtlichen Grundgedanken des historischen Nürnberger Urteils“.
- 52 GLA 465a / B / SV / 1977.
- 53 Vgl. Michael Stolle (wie Anm.37) S. 300.
- 54 Maschinenschriftlicher Auszug S. 36–71 „my story for my grandchildren“ niedergeschrieben 1972; ich verdanke die Einsichtnahme Frau Dr. Regine Jensen, geb. Freudenberg, und Frau Dr.Luise Hirsch, beide Heidelberg, sowie Frau Dietlinde Raisig, geb. von Künßberg (Ruckersville, Virginia USA). Ergänzend: das Schreiben von Frau von Künßberg an Gustav Radbruch vom 25.2.1946 bzw. für die Professoren Ulmer und Englisch vom 11.3.1946 GLA 465a 59 / 3 / 5521. Zum Disziplinarfall Gustav Adolf Scheel: UAH B-8917 / 1.
- 55 Katharina von Künßberg an Gustav Radbruch 25.2.1946 ebd.
- 56 Vgl. Katharina von Künßberg: Vom langsamen Aufstieg der Frau. Vortrag im Auftrag des Deutschen Akademikerinnenbundes, Katharina Holger (Hg.), Heidelberg 1973, S. 29.
- 57 Vgl. Artikel des Verf. in RNZ vom 7.1.2007.
- 58 Pfarrer Maas hatte sich für Alfred Flor verbürgt, ihm geraten: „Ein jüdischer Junge in deinem Alter muss nach Palästina.“ und schließlich eine letzte Auswanderungsmöglichkeit organisiert vgl. RNZ 9.11.1996.
- 59 Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1942–1945. Band 2, Berlin 1995, S. 658.
- 60 Hans Günther Adler (wie Anm. 29) S. 203; Miroslav Karny u.a. Hgg: Theresienstädter Gedenkbuch, Prag 2000, S. 88f.
- 61 Vgl. oben S. 70 und 86f.; ein bössartiger Reflex der großen Zahl solcher Interventionen findet sich auch in Himmlers berüchtigter Posener Rede vom 4.10.1943, in der er vor SS-Angehörigen ohne Tarnsprache die „Ausrottung“ der Juden anspricht: „Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die

anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude“.

62 Hermann Maas (wie Anm. 8) S. 99.

63 S.o.S. 68.

64 S.o.S. 85.

65 S.o.S. 83.

66 S.o.S. 69.

67 Vgl. Hermann Maas (wie Anm.8) S. 76–79.

68 Vgl. Monika Richarz (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland., München 1989, S. 62f.

69 Vgl. Miroslav Karny u.a. Hgg: (wie Anm.60), S. 34.

70 Vgl. Christopher Browning: Die Entfesselung der Endlösung, München 2003, S. 608f.; vgl. auch Norbert Giovannini HJG 10, 2005/6, S. 125 und Sebastian Haffner: Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 179f.

71 Zitiert nach Götz Aly, Endlösung. Völkerverschiebung und Mord an den europäischen Juden, Frankfurt 1995<sup>2</sup>, S. 406.

72 Vgl. besonders Miroslav Karny (wie Anm. 31); zu den widersprüchlichen und illusionären Vorstellungen Heinrich Himmlers und zum Zerwürfnis zwischen Hitler und Himmler vgl. Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, München 1981<sup>3</sup>, S. 516ff.

73 „Begrüßungsworte des Herrn Stadtpfarrer Maas an die in Theresienstadt evakuiert gewesenen Heidelberger“. 1 Seite maschinenschriftlich im Nachlass Dora Busch, Heidelberg.